

# Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr Alles!  
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telefon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)  
Hauptkassierer: Georg Treue, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind  
und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. —  
Retire- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 30 Pfg., die dreispaltige Postkarte. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh  
in den Händen des Herrn Wblin Reichelt, Chemnitz, Marktstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgehälter zu senden sind. — Telefon: Nr. 4102.

Nr. 18. Auflage 60 000 Chemnitz, Freitag den 5. Mai 1905. Auflage 60 000 17. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und Emgrna-  
schwebendern und Weberinnen in Berlin, Wandwörter-  
Men in Elberfeld, Textilarbeitern aller Art in  
enburg (Wändes Tuchfabrik), Reichensbach i. V., Wandwebern  
Arefeld (Webräder Kluge), Zeugdruckern in Arefeld (Wibben-  
p & Co.), Spinnerelarbeitern aller Art in Guben, Deckenwebern  
Wlawa (Kashe), Spinnern und Webern in Grewen (Mechanische  
Innerei und Weberei von Bieterack & Co.), Kammgarnspinnern  
Mühlhausen i. C.

## Zum Gewerkschafts-Kongress.

Von Wlth. Hüssel.

Die Wahlen unserer Delegierten zum Gewerkschaftskongress  
beendet. Die gewählten Vertreter der Textilarbeiter  
den die Zeit ausnützen und sich mit allen auf dem Kongress  
Beratung stehenden Fragen vertraut machen müssen.  
Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewer-  
schaften Deutschlands druckt in Nummer 14 die eingegangenen  
träge ab. Zur Tagesordnung beantragen die Vorstände der  
er, Graveure, Konditoren, Schmiede und Textilarbeiter: auf  
Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses zu setzen: „Die nächsten  
gaben der modernen Gewerkschaften. „Stenisch Übergang dieser  
Kollegen sein, die Textilarbeiter als Unterzeichner dieses Antrages  
zu lernen. Ich selbst bin der Antragsteller. Für Graveure  
Schmiede, sowie Konditoren bestehen in C. die nächsten Rüh-  
en darin, die Kräfte möglichst einheitlich, wichtig zusammen  
schließen. Graveure und Schmiede gehören eigentlich in den  
den Industrieverband der Metallarbeiter, die Konditoren zum  
Arbeiterverband, die Glaser diesen bei der Baubranche guten Anschluß  
en. Wir Textilarbeiter haben einen Industrieverband, wir  
in die kleinen Vereinen der Selter und Posamentierer usw.  
angegliedert. Der Unterschied zwischen einem Graveur und Schmied  
werks und einem Feingoldschmied und Uhrmacher andererseits  
ste nicht größer sein, als der Unterschied zwischen einem Selter  
einem Seidenweber. Beide letzteren befinden sich im Industrie-  
verband der Textilarbeiter sehr wohl, weshalb nicht Graveure und  
Schmiede im Metallarbeiterverband? Und sind denn die Be-  
dingungen der Konditoren und ihre Arbeitsbedingungen so grund-  
schieden von denen der Bäcker, daß dort Zusammenschluß nicht  
möglich wäre? Daß Schmiede, Kupferschmiede und Graveure  
kommen mit der Metallarbeitern durch die engsten Interessen  
gemeinschaftlich verbunden sind, beweist, wenn es eines Beweises  
bedarf, daß genannte Berufe Konferenzen zusammen abhalten  
des Verständigung über Agitation, Lohnbedingungen, Tarif-  
hilfsleistungen usw. Erst am 13. Januar fand eine solche Konferenz  
Hamburg statt. Die gleiche von mir ausgesprochene Ansicht in  
zug auf den Zusammenschluß der Kräfte spricht das Gewerkschafts-  
blatt von Hamm i. Westf. aus, indem es beantragt: der Gewer-  
schaftskongress wolle dahin wirken, daß die kleinen Organisationen  
B. der Schmiedeverband, sich dem großen leistungsfähigeren  
schließen. „Beachtenswert ist der Antrag des Gewerkschafts-  
blatts Duisburg unter a: Allgemeine Agitation: „Die Zentral-  
kassen sind verpflichtet, die internationalen Beziehungen fester  
zu knüpfen, sowie die Beschlüsse der internationalen Kongresse aus-  
zuführen.“

Im Hinblick auf den in diesem Jahre noch stattfindenden  
internationalen Textilarbeiterkongress behalte ich mir vor, in einem  
breiten Artikel zu diesem Antrag meine Meinung darzulegen.  
Vorzug besonders Aufmerksamkeit werden unsere Delegierten dem  
Antrag der Zahlstelle Berlin des Deutschen Textilarbeiterverbandes  
Nr. 6: „Agitation unter den Arbeiterinnen“ widmen. Dieser  
trag lautet: „Die in den Gewerkschaftsorganisationen organisierten  
glieder sind verpflichtet, ihre Frauen und Töchter, welche in  
vererblichen Betrieben oder Heimarbeit beschäftigt sind und durch  
Mutterorganisation den Fortschritt den in diesen Gewerben  
Frage kommenden Gewerben (Konfektion, Tabak-Industrie)  
Arbeiterinnen, den in diesen Gewerben existierenden Gewerkschafts-  
organisationen zuzuführen.“ Hier hätte der Textilarbeiterverband  
den Namen mit einbringen müssen. Kann dürfte eine andere  
Anfrage unter dem hier angeregten Mißstand so zu leiden haben,  
die Textilarbeiter, Gewerkschaftler anderer Branchen lassen  
Frauen und Töchter wohl in der Textilindustrie arbeiten,  
den sie aber vielfach nicht im geringsten auf unsere Organisation  
merklich, noch weniger helfen sie zum Beitritt zu ihr an.  
Ihre Kollegen, die die Heimarbeit verrichten, Unter-  
weber usw., wissen davon ein Lied zu singen und können viel-  
leicht manches Beispiel dafür anführen, daß sie sehr oft beharrlichen  
hathändigen Widerstand von sonst ganz guten Gewerkschaftlern  
überwinden haben, wenn sie unter unsern Metallarbeiterinnen  
unsere Organisation witten. Es lohnt mir zweifelhaft,  
der Kongress der männlichen Gewerkschaftsmitglieder eine  
Anfrage nach dieser Richtung hin aufstellen wird, aber daß  
das geschehen muß, und zwar bald, wenn die Organisationen,  
die die Aufgaben haben, die Arbeiterinnen zu organisieren,  
wärts kommen sollen, das steht unzweifelhaft fest. Wir würden

unsere Kämpfe viel leichter aus eigener Kraft zu führen im Stande  
sein, wir würden viel weniger auf finanzielle Hilfe anderer  
Gewerkschaften angewiesen sein, wenn man uns in diesem Punkte  
mehr unterstützen würde. Und für die Gewerkschaftler ist es ja  
weiter nichts, als eine einfache Pflichterfüllung, Haffen wir in dieser  
Beziehung das Beste.

Der Streikunterstützungsfrage sind eine Reihe zum Teil recht  
weitgehender Vorschläge gewidmet, zu welchen der Festsitzendtagkongress  
in Grimmlitzschau und der Nischenstreik im Ruhrrevier Anlaß ge-  
geben haben. Die Aufgabe des Gewerkschaftskongresses, diese  
Frage zu regeln, ist keine leichte.

Etwas verspätet erscheint mir der Antrag des Gewerkschafts-  
kartells Eisenach betr. eine einheitliche Agitation zwecks Befestigung  
des Kost- und Logiszwangs beim Arbeitgeber. Diese einheitliche  
Agitation ist schon in die Wege geleitet, durch die Einsetzung einer  
eigenen Kommission. Die Textilarbeiter sind an dieser Frage sehr  
interessiert. Kost- und Logiszwang beim Arbeiter haben wir wohl  
weniger, aber in unserer Industrie hat sich dieses System der Ab-  
hängigkeit ins riesenhafte ausgewachsen durch die „Wohltätigkeits-  
Eintreibungen“ der Arbeiterhäuser, Fabrikwohnungen, Arbeiterinnen-  
heime und wie dergl. Fürsorgeeinrichtungen, mittels welcher wir  
gebilligt und geschunden werden, noch mehr helfen. Gegen das  
uns bedrückende Uebel dieser Sorte Wohltätigkeit werden wir  
vorläufig wohl noch nicht erfolgreich ankämpfen können, aber was  
in unsern Kräften steht, die Hausflückeri der Fleischer, Bäcker,  
Barbiere, Schuhmacher, Schneider, Zähler, Wärrner usw. befestigen  
zu helfen, das soll ganz gewiß geschehen.

Ungeteilte Sympathie aller tätigen Kollegen, besonders der  
in den Ortsverwaltungen tätigen und derer, die in der Öffentlichkeit  
notwendig tätig sein müssen, wird der Antrag der Filiale Berlin  
des Verbandes der Kupferschmiede betr. Korrespondenzblatt finden.  
Der Antrag lautet: Der Gewerkschaftskongress wolle beschließen:  
Das Korrespondenzblatt der Generalkommission ist so zu ver-  
größern, daß es seiner Aufgabe gemäß dem Beschluß des  
Stuttgarter Gewerkschaftskongresses mehr gerecht wird und dem  
fortgeschrittenen Gewerkschaftler das Lesen mehrerer Gewerkschafts-  
organe unnötig macht. Es hat demnach in Zukunft 24 Seiten  
stark zu erscheinen.“ Ohne Zweifel reicht der Raum im Korrespondenz-  
blatt nicht mehr aus, wenn das Korrespondenzblatt eine Revue  
des gewerkschaftlichen Lebens sein soll. Es wird von allen tätigen  
Kollegen möglichst umfassende Kenntnis des gesamten Gewerkschafts-  
lebens verlangt, es ist aber nur in den seltensten Fällen den tätigen  
Kollegen möglich, mehrere Gewerkschaftsorgane zu lesen, deshalb  
ist eine Erweiterung des Korrespondenzblattes nicht nur wünschens-  
wert, sondern unumgänglich notwendig. Ferner verweise ich noch  
darauf, daß z. B. die Frage „Arbeiterkammern und Arbeitsk-  
kammern“ von Umbreit im Korrespondenzblatt ausführlich  
erörtert wurde. Umbreit trat für Arbeiterkammern ein, den gegen-  
seitigen Standpunkt nahm Robert Schmidt ein. Leider vertrat  
Robert Schmidt seinen Standpunkt in den „Sozialistischen Monats-  
heften“. Vielleicht wegen Raumangel im Korrespondenzblatt?

Bedauerlicherweise werden nun unzählige, die Umbreits  
Ansicht kennen gelernt haben, die gegenwärtige Schmitz nicht  
kennen lernen und gerade in dieser Frage wäre eine ausgiebige  
Diskussion auch in den kleineren Kreisen von größtem Nutzen.  
Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die  
Ortsverwaltungen ihren Bedarf an Korrespondenzblättern nicht  
einzuschränken brauchen. Wir, der Zentralvorstand, verlangen,  
daß wenn wir nach unsern Filialen kommen, einschlägiges Material,  
Korrespondenzblatt, Sachblatt usw. gewissenhaft gesammelt und  
wohl geordnet zur Verfügung haben. Man kann mit dergl. nicht  
immer auf die Reife gehen, und doch ist es in vielen Fällen not-  
wendig, dergl. bei der Hand zu haben; daher müssen vor allen  
Dingen größere Filialen verlangen, daß ihnen mehrere Exemplare  
von der Zeitungsexpedition zugewiesen werden. Der Gewerkschafts-  
kongress in Stuttgart sprach sich dahin aus, daß es garnicht darauf  
ankommen könne, wenn sich die Auflage des Korrespondenzblattes  
um einige Tausend erhöhen würde. Der Inhalt des Korrespondenz-  
blattes ist so lehrreich und gebiegen, daß dasselbe für tätige Gewer-  
kschaftler unentbehrlich ist.

Zu dem Punkte: Die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle be-  
antragt der Vorstand des Verbandes deutscher Gastarbeitergehilfen:  
„Der Kongress erklärt es für eine selbstverständliche Pflicht der  
Kartelle, sich auf Ersuchen der Zentralvorstände oder deren Be-  
auftragten diesen bei der Einleitung der Agitationsvorbereitungen  
von Versammlungen usw. zur Verfügung zu stellen. Es sollte  
das, was hier beantragt wird, eigentlich allseits für selbstverständlich  
anerkannt werden, doch ist dem leider nicht so. Als Leiter der  
Agitation in Nord-West wandte ich mich mit ähnlichen Ersuchen  
früher an das Kartell in Braunschweig, stets mit negativem Erfolg.  
Wie mir so ging es auch meinem Nachfolger, Hermann Bremen.  
Nadel wird trotzdem unterer Organisation in Braunschweig sehr  
bald Eingang verschaffen, wenn nicht mit, so gegen den Willen  
des dortigen Kartells.“

Und — last not least — beantragt der Zentralvorstand der  
Brauerei, Filiale Darmstadt: „Da der Alkoholismus, der nicht allein  
in den wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern auch in den herrschenden  
Trinksitten seine Ursache hat, geübt ist, die Kampfteiligkeit der

Arbeiterchaft ungünstig zu beeinflussen, empfiehlt der Gewerkschafts-  
kongress den Gewerkschaften, ihre Mitglieder über die Wirkung des  
Alkohols aufzuklären, sowie in den Versammlungen den Trinkzwang  
inach Möglichkeit zu beseitigen.“

Eine arbeitsreiche Woche steht den Delegierten für Köln bevor.  
Möge ihre Arbeit so erfolgreich sein, wie es das Proletariat wünscht  
und hofft!

## Der Streit der Berliner Teppichweber und Herr Feibisch auf der Suche nach Streitbrechern.

Der Streit der Teppichweber in den Berliner Teppichfabriken  
von Feibisch, Benjamin und Vaader dauert nun bereits die vierte  
Woche hindurch. Der berechtigzte Kampf der Berliner Teppichweber  
um eine bessere Existenz scheint jetzt schärfere Formen annehmen  
zu sollen, und zwar durch die Schuld des kapitalträchtigsten der  
hier in Frage kommenden Unternehmer, nämlich des Herrn Feibisch.  
Dieser Herr hat es bisher stets verstanden, sich als humaner  
Arbeitgeber aufzuführen, weil ihm das bisher weiter nichts ge-  
liefert hat, als einige schöne, von Wohlwollen gegen seine Arbeiter über-  
triefende Redensarten. Herr Feibisch pflegt seiner Arbeiterhaft  
alles Mögliche zu versprechen, aber gehalten hat er noch nicht viel.  
Dieser Umstand hat es nötig gemacht, daß bei diesem Streit  
die Weber der Firma Feibisch in seltener Einmütigkeit die Arbeit  
niederlegten und bis jetzt in dem uns durch die Ablehnung aller  
unserer Forderungen aufgezwungenen Kampf auch ausgehalten  
haben, vorausichtlich auch noch weiterhin aushalten werden; denn  
die Stimmung unter den Streikenden der Firma Feibisch wie auch  
der anderen Betriebe ist eine so zuverlässige, wie sie nur durch die  
Gerechtigkeit der aufgestellten Forderungen erzeugt werden kann.

Herr Feibisch, der sich gleich zu Anfang des Streiks in seinen  
Hoffnungen getäuscht sah, wendet jetzt recht unschöne Mittel an,  
die Reihen der Streikenden ins Wanken zu bringen. Wollten  
streikende Arbeiter die Mittel des Herrn Feibisch anwenden, sie  
würden auf viele Monate wegen Bedrohung und Nötigung ins  
Gefängnis wandern müssen.

Kurz vor Beginn des Streiks sprach Herr Feibisch mit jüdischer  
Offenheit die Hoffnung aus: „Wenn es wirklich zum Streit kommt,  
so habe ich nichts zu befürchten; ich habe nämlich in meiner Fabrik  
einen großen Stamm alter Arbeiter, auf die ich mich verlassen  
kann und die eine solche Dummheit, in einen Streit einzutreten,  
nicht mitmachen. Dann habe ich,“ meinte Herr Feibisch weiter,  
„in den Vororten Bernau, Nowawes und Jlnna eine große An-  
zahl Hausweber, die ebenfalls den Streit nicht mitmachen werden.  
Wenn Sie es wieder aufs Spiel ankommen lassen wollen,“ sagte  
er zu der bei ihm vorstellig gewordenen Kommission, „so können  
Sie es ja versuchen, Sie werden auch diesmal wieder den Kürzeren  
ziehen.“ Diesen, die wirklich in den Streit eintreten, würde  
er bald durch auswärtige Weber ersetzen können, und die Streikenden  
würden dann dauernd ohne Arbeit sein.

Diese Hoffnungen, auf welche sich Herr Feibisch stützt, be-  
weisen, daß er es ist, der es immer und immer wieder aufs Spiel  
ankommen läßt, in der stillen Erwartung, daß durch die Anankheit  
der Arbeiter es ihm gelingen werde, auch diesmal das Spiel zu  
gewinnen.

Alle diese Hoffnungen aber sind Herrn Feibisch diesmal  
gründlich zu Wasser geworden. Der große Stamm alter Arbeiter  
in seiner Fabrik bestand aus ganzen fünf Männchen, unter denen  
sich zwei notorische Streitbrecher befinden und ein in Nowawes  
als Penunziant bekannter Mensch.

Auch die Hausweber in Bernau, Nowawes und Jlnna haben  
Herrn Feibisch gründlich enttäuscht, indem sie, mißde der unglaub-  
lichen Versprechungen des Herrn Feibisch, die Arbeit ebenfalls ein-  
mütig niederlegten.

Die dritte Hoffnung auf den großen Zugang auswärtiger  
Weber ist Herrn Feibisch ebenfalls zu Wasser geworden. Trotz  
allen Annoncierens in auswärtigen bürgerlichen Blättern nach  
Streitbrechern hat sich erst ein derartiges Exemplar gefunden, und  
zwar in der Person eines Druckermeisters. Wahrlich, Herr Feibisch  
hat alle Ursache, stolz auf seine bisherigen Erfolge und auf seine  
lieben Arbeitswilligen zu sein!

In dieser Not greift Herr Feibisch zu den drakonischsten Mitteln.  
So ließ er vor einigen Tagen einem allen streikenden Kollegen  
durch ein Mädchen, die ihm, wer weiß für welchen Lohn, Streit-  
brecherdienste leistet, sagen, wenn der alte Kollege jetzt nicht sofort  
die Arbeit wieder aufnehme, dann dürfe er nie wieder in seinem  
Betriebe anfangen.

Das ist nur ein einzelner Fall, hervorgehoben von vielen; denn  
in den Reihen der Streikenden zirkuliert das Gerücht, daß viele  
andere in derselben Weise bearbeitet werden; die Streikenden  
schämen sich nur mitzuteilen, daß gerade sie es sind, an die Herr  
Feibisch das Ansuchen stellt, ehrlös an ihren Kollegen zu handeln.

Weiter hat Herr Feibisch in der Person des Fabrikmeisters  
Willym Kröbel einen allzeit getreuen und hilfsbereiten Streit-  
brecheragenten gefunden. Dieser Metzer der in dem Streit, her

Sich vor sechs Jahren bei der Firma Feilisch abspielte, seine Talente als Streikbrecheragent entdeckte, hat sich Herr Feilisch anscheinend auch jetzt wieder in empfehlende Erinnerung gebracht.

Meister Fröbel bringt es nämlich fertig, als Streikbrecheragent streitende Weber der Firma Feilisch in ihren Wohnungen aufzusuchen, um sie zu betören, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen und die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Nur einer von den Streitenden ist dem Namen, der in seinem Ruch nicht ganz rein ist, auf den Weim gegangen, und zwar ist es der eigene Schwager des Meisters Fröbel, der Weber Emil Tietzsch, Kämpferstraße 20, der, nachdem er drei Wochen mitgestreift hatte, den Forderungen des Herrn Fröbel folgte und als Klausreißer in die Fabrik zurückkehrte.

Welche Mittel der verschiedensten Art angewandt worden sein mögen, ihn müde zu machen und ihn zu veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen und seine Kollegen in den Rücken zu fallen, läßt ein Brief erwarten, den Tietzsch, um sich zu rechtfertigen, an ein Mitglied der Streikkommission geschrieben hat, in welchem er unter anderem mitteilt, daß die Verhältnisse ihn zwangen, die Arbeit wieder aufzunehmen, trotzdem es ihm sehr schwer falle. Nach uns zu urteilen, die Mitteilungen soll Meister Fröbel den furchtbaren Ehrgeiz besitzen, seine ganze Verwandtschaft als Streikbrecher für die Firma Feilisch anzuwerben. Wie man sieht, hat er auch zum Teil Erfolg damit.

Nun nun betrachten wir zum Schluß das Resultat, welches die Herren Feilisch und Fröbel trotz aller Anstrengungen bisher erzielt haben. Ganze zwei Streikbrecher hat man in diesen vier Wochen gewonnen. Dieses Resultat ist für die Streitenden ein sehr erfreuliches, und mit heiterer Miene und in geschlossener Einheit können sie der weiteren Entwicklung des Kampfes zusehen, der, wenn es so weiter geht, in kürzester Frist zu einem vollen Erfolg für die Streitenden führen muß.

## Bericht von der Provinzial-Konferenz in Lützenwalde am 23. April.

Bormittags-Sitzung.

Nachdem der Arbeitervereinsverein Lützenwalde die Delegierten durch drei stimmungsvolle Vorträge begrüßt hatte, wurde die Sitzung vom Kollegen Haase-Lützenwalde um 11¼ Uhr im feierlich geschmückten Saale des Herrn Hlze mit warmen Begrüßungsworten eröffnet.

Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Der Zehnstundentag. 3. Ganeinteilung. 4. Anträge. Ans Bureau wurden gewählt: Juchl-Berlin, 1. Vorsitzender; Haase-Lützenwalde, 2. Vorsitzender; Panzer-Köpenick, 1. Schriftführer; Grund-Kottbus, 2. Schriftführer. Mandatsprüfungskommission: Grestow-Schwiebus; Gutberlet-Spremberg; Serlog-Landsberg a. M.

Sodann nahm Kollege Koyte-Berlin das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung. Er hob besonders den erfreulichen Aufschwung der einzelnen Filialen hervor. Leider sei auch der Verlust von zwei Filialen, nämlich Gleiß und Bernau, zu beklagen, an dem aber nicht die Kommission schuld trage. Es sprächen so verschiedene Umstände dabei mit, daß der Kommission wohl kein Strich gedreht werden könne. Dem Verlust der beiden Filialen steht der Gewinn von vier gegenüber, nämlich: Fürstenthal, Nitterhög, Landsberg a. M. und Bart a. d. Ostsee. Der Mitgliederbestand betrug 1903 5045 Mitglieder, 1905 6535 Mitglieder. An Einnahmen waren zu verzeichnen von 1903-1905 1998,34 M., dazu Bestand 298 M.; die Ausgabe betrug in derselben Zeit 2325,30, jedoch ein Defizit von 78 M. vorhanden ist. Die Korrespondenz bot folgendes Bild: Es gingen aus 212 Briefe, 97 Karten, 5 Telegramme, 11000 Flugblätter; ein: 178 Briefe, 102 Karten, 4 Telegramme, 162 Versammlungen und 21 Kommissionsausstellungen haben stattgefunden. Beschrieben sind nur von der Filiale Forst wegen zu wenig Berücksichtigung von Seiten der Kommission erhoben worden.

In der Diskussion beantragte Kollege Hilliges, den Punkt 1 und 2 der Tagesordnung miteinander zu verbinden. Dem wurde auch zugestimmt. Darauf gab Kollege Höpfer-Kottbus den Bericht der Unteragitationskommission. Kollege Last-Berlin als Revisor gab bekannt, die Kasse geprüft und in bester Ordnung gefunden zu haben. Es sprachen dann noch mehrere Kollegen und gaben gleichzeitig Situationsberichte aus ihren Orten. Dann wurde die Kommission entlastet. Um 2¼ Uhr wurde in die Mittagspause eingetreten.

Nachmittags-Sitzung.

Bericht der Mandatsprüfungskommission. Kollege Gutberlet teilte mit, daß 16 Orte mit 35 Delegierten vertreten seien. Vom Agitationskomitee seien anwesend: Franz Koyte-Berlin, Paul Dörr-Berlin, Adolf Höpfer-Kottbus, vom Zentralvorstand: Karl Hübsch-Berlin. Weiter: der Gauleiter für Schlesien Otto Frisch und der Gauvorsitzende Paul Tierschmidt. Den streitenden Teppichwebern in Berlin brachte die Konferenz ihre volle Sympathie entgegen.

Es folgte nun die Erledigung des 3. Punktes der Tagesordnung: Ganeinteilung. Das Referat hatte Kollege Koyte. Aus seinen Ausführungen ist besonders hervorzuheben, daß es dem Gauleiter Schlesiens wohl unmöglich sei, auch noch Brandenburg mit zu bearbeiten. Kollege Frisch-Begnitz wünscht dagegen, daß sein Wirkungskreis weiter ausgedehnt würde. Die Kollegen Hübsch, Gutberlet, Last und Höpfer plädierten für einen besonderen Gauleiter für die Provinz Brandenburg. Hierzu lag folgender Antrag vor: „Die Provinzialkonferenz in Lützenwalde beantragt bei der nächstjährigen Generalversammlung, die Provinz Brandenburg als besonderen Gau zu erklären und für ihn einen Leiter anzustellen.“

In Punkt 4 sind folgende Anträge eingegangen.

1. „Die Konferenz beantragt bei der Generalversammlung in Mühlhausen bei Delegationen: Zu Gewerkschafts- oder internationalen Kongressen ist dem Zentralvorstand ein Mandat auszustellen, ohne daß er in einem Wahlkreis aufgestellt und gewählt worden wäre.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

2. „Au Dänen ist den Delegierten zur nächsten Konferenz der Satz der vorangegangenen Generalversammlung zuzubilligen.“

Kollege Last beantragte: „Eine Petition an den Reichstag betreffs Einführung des Zehnstundentags zu richten.“ Nachdem sich noch verschiedene Redner für und wider diesen Antrag ausgesprochen hatten, wurde derselbe angenommen.

Es wurde dann beschlossen, die nächste Konferenz in Forst abzuhalten.

Sodann dankte Kollege Juchl als Vorsitzender den Lützenwalder Kollegen für ihre freundliche Aufnahme, die sie den Delegierten bereitet hatten, und schloß die Konferenz mit einem dreifachen Gedächtnis auf die Textilarbeiterbewegung.

## Mitteilungen aus Fachreisen.

Meerane. „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.“ Die Nichtigkeit dieses Sprichwortes kann man jetzt wieder beobachten. Noch vor wenigen Jahren war das Unternehmertum so gut wie nicht organisiert. Es hat da eben jeder für sich, den Herrn im eigenen Hause“ gespielt, doch mit dieser Herrlichkeit ist's jetzt vorbei. Es haben sich bei den Unternehmern Kreise herausgebildet, die begriffen haben, daß der einzelne den Arbeiter gegenüber ohn-

mächtig ist, die unhergeleiteten und die Arbeitgeber zum Beitritt für den Arbeitgeberverband auffordern. „Ich will Ruhe haben in meinem Betrieb!“ So wird jeder Arbeiter angeordnet, der sich nur erlaubt, seinen Mitarbeiter für den Textilarbeiterverband zu gewinnen, und des öfteren ist die sofortige Entlassung das nächste, was geschieht. Wenn die Unternehmer aber dasselbe tun, nun, da hat der Arbeiter nichts zu sagen. So ist es in vielen Betrieben mit dem Arbeiterauschuss. „Wir wollen einen Arbeiterauschuss“, heißt es, wir wissen, daß mit diesen drei oder vier Mann besser zu unterhandeln ist, als wie mit der ganzen Masse.“ Wenn aber der Arbeiterauschuss von seinem Rechte (die Interessen der Arbeiter zu vertreten) mit etwas Nachdruck Gebrauch macht, dann können diese Arbeitervertreter in der Regel schon anstimmten: Nun aber, du lieber Arbeitsjaal! Wenn aber die Unternehmer etwas diktieren, so müssen das die Arbeiter ausführen. Es wäre ja sonst auch gar nicht herrlich eingerichtet. Es ist jetzt mit Freuden zu begrüßen, daß unter den Textilarbeitern die Erkenntnis immer mehr Platz greift, daß die Tarifverträge auf Grund von beiderseitig abgeschlossenen Tarifverträgen die Grundlage für ein gesundes Arbeitsverhältnis bilden müssen. Deshalb ist man auch in allen Gegenden des Reichs stark mit der Ausarbeitung von Lohnverträgen beschäftigt. Es ist nun zu natürlich, daß es dabei nicht ganz ohne Fehler abgeht. Aber sind wir erst einmal so weit, daß mehrere eingereichte Tarife beiderseitig anerkannt sind, dann werden auch Fehler zu vermeiden sein, ebenso kann sich dann die Verhandlung auch noch mehr als bis jetzt für Tarifbewegungen ins Mittel schlagen. Das ist so zu verstehen, daß dann innerhalb der daran interessierten Kreise oder Bezirke ein Ausgleich herbeigeführt werden kann. Die Hauptsache ist aber, daß das Anwerben der uns noch fernstehenden auch mit allem Eifer betrieben wird. Und als ein gutes Agitationsmittel muß das Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, gemäß den Grundsätzen unseres Verbandes, Verwendung finden. So gut wie die Unternehmer jetzt mit Vordampf an der Organisationsarbeit sind, und doch nicht etwa um den Arbeitern ein besseres Dasein zu beschaffen, so gut muß in unseren Reihen alles ausgeboten werden, um die Arbeiter rechtzeitig für den Deutschen Textilarbeiterverband zu gewinnen.

Mühlhausen i. Ck. In der Sitzung vom 19. April wurde von den Kollegen Krähig und Gsell über den Gang der Lohnbewegung der Karzigarnspinnerei und über den Zustand bei der Firma Wallach & Co., welcher durch das energische Eingreifen unseres Kollegen Gsell nach zwei Tagen mit einigen Zugeständnissen beigelegt werden konnte, Bericht erstattet. Die Mitglieder wurden aufgefordert, den Ausbruch eines Streiks sofort dem Vorstande zu melden, damit derselbe das Nötige veranlassen kann. Die Abrechnung der Festkommission wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Es wurde auch beschlossen, in der nächsten Sitzung einen Vortrag über die Mangelhaftigkeit der Schutzvorrichtungen in den Fabriken halten zu lassen.

Wegsch. Ein kurzer Rückblick auf die Zehnstundentagsbewegung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen der Bremer Tauwert-Fabrik. Am 7. Februar 1904 versammelte sich die Arbeiterchaft obengenannter Fabrik, um die zehnstündige Arbeitszeit und bessere Lohnverhältnisse zu erringen. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission von sechs Mitgliedern gewählt, welche die Wünsche der Arbeiterchaft: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Lohnverhöhung von 3 Pfa. pro Stunde, der Direktion unterbreiten sollte. Leider war dieses Vortragswerden ohne Erfolg. Darauf wurde am 8. März 1903 nochmals eine Fabrikbesprechung einberufen, in welcher die Sechser-Kommission Bericht erstattete. Als die Belegschaft das Resultat hörte, wurde beschlossen, die Sechser-Kommission zu beauftragen, beim Herrn Aufsichtsrat Müller vorstellig zu werden, von dem auch die Vertreter der Arbeiter am 12. März 1903 empfangen wurden. Auch diesmal konnten die Arbeiter keine Zusage erhalten. Den 13. März 1903 erstattete die Kommission Bericht. In der darauffolgenden Monatsversammlung vom 15. März 1903 beschloß die Arbeiterchaft, an ihren Forderungen festzuhalten und wurde zugleich beantragt, daß unser Zentralvorsitzender A. Hübsch-Berlin den weiteren Verhandlungen beiwohnen sollte, was auch durchgeführt wurde. Am 21. März 1903 erstattete die Sechser-Kommission Bericht über die letzte Verhandlung, welcher auch Kollege Hübsch beiwohnte. Er setzte den Anwesenden die Unterhandlung auseinander und kam in seinen Ausführungen dahin, daß es jetzt nicht an der Zeit wäre, einen ersten Schritt zu unternehmen. Daraufhin beschloß die Arbeiterchaft, ihrer Forderung zu einer günstigeren Zeit Geltung zu verschaffen. Auch im Jahre 1904 waren die Geschäftsverhältnisse nicht günstig und wurde auf Antrag beschlossen, von einer Bewegung abzugehen. Die Lage hat sich nun in diesem Geschäftsjahr etwas gebessert und wurde der Arbeiterauschuss in der Monatsversammlung vom 14. März 1905 beauftragt, die alte Forderung der Direktion zu unterbreiten. Am 25. März 1905 fand eine Fabrikversammlung statt, in welcher der Arbeiterauschuss das Resultat bekannt gab. Nach den Ausführungen habe der Herr Direktor kein bindendes Versprechen geben können, jedoch erklärt, er wolle alles aufbieten, um seiner Arbeiterchaft gerecht zu werden. Persönlich stehe er der Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit sympathisch gegenüber, doch würde die geforderte Lohnzulage um 3 Pfa. für die Stunde nicht so leicht durchführbar sein. Jedoch sollten die niedrigsten Lohnklassen, sobald es die Verhältnisse gestatten, eine Aufbesserung erfahren. Nach diesen Ausführungen waren sämtliche Anwesenden der Ansicht, daß an der einmal gestellten Forderung festgehalten werden müsse, und wurde der Arbeiterauschuss beauftragt, diesen Beschluß der Direktion bekannt zu geben. Es hatten sich auch zu dieser Versammlung Vertreter der Firma eingeschrieben, welche mit gespanntem Interesse den Ausführungen der Anwesenden folgten. Nachdem der Arbeiterauschuss andererseits seine Pflicht erfüllt hatte, wurde durch Anschlag bekannt gemacht, daß vom 30. März 1905 ab die Arbeitszeit zehn Stunden betrage und soll der Lohnausfall vergütet werden, was auch gehalten wurde. Diese Bekanntmachung rief unter der Arbeiterchaft große Freude hervor. In der Monatsversammlung vom 11. April 1905 gaben verschiedene Kollegen ihrer Freude Ausdruck, daß die Differenzen durch das Entgegenkommen der Direktion auf friedlichem Wege beigelegt wurden, da doch, wie bekannt, an anderen Orten um den Zehnstundentag gekämpft werden mußte, was doch immer große Opfer erfordere. Hat auch die Arbeiterchaft nicht alles erreicht, so muß doch dieser Schritt nach vorwärts den Arbeitern und Arbeiterinnen ein Ansporn sein, fest zum Verband zu halten und die ihm fernstehenden in jeder Weise aufzuklären. In dieser Versammlung wurden auch noch verschiedene Klagen laut, welche nicht dazu angeht, die Kollegen zufriedener zu stellen. Ein Kollege behauptete, daß die Arbeiterinnen nicht begreifen wollen, daß nur durch die Organisation etwas haltbares geschaffen werden könne; lieber geben sie ihr lauer verdientes Geld zu unnützen Zwecken aus, als dem Verbands beizutreten. Nachdem noch beschlossen worden war, die nächste Monatsversammlung acht Tage später abzuhalten, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Wieschen. Am 16. April fand unsere monatliche Mitglieder- versammlung statt. Unser Kassierer Heinrich Thomaaden teilte ab den Kassensbericht. Nach diesem betrugen unsere Einnahmen im 1. Quartal 1905 720,77 M., die Ausgaben 689,39 M., mithin ist ein Kassensbestand von 31,39 M. vorhanden. An Krankengeld wurden 223,40 M. ausbezahlt. An Beträgen kamen 17 Krankender Namen verlesen wurden. Nach einer kurzen Diskussion wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Es sei hier noch kurz erwähnt, daß beschlossen wurde, gegen die Untertasslererin Frau Sch...

Beitragselder unterschlagen hat, Strafantrag zu stellen. Auf Antrag des Kollegen Voß wurde beschlossen, unsere Bibliothek den andern freien Gewerkschaften zugänglich zu machen, und zwar unter den nämlichen Bedingungen, welche unsere Mitglieder zu erfüllen haben. Kollege Voß gab den Kartellbericht. Aus ihm verdient erwähnt zu werden, daß das Kartell beschlossen hat, am 1. Mai, abends 7/8 Uhr, eine Vollversammlung abzuhalten und an dem darauffolgenden Sonntage einen gemeinsamen Ausflug zu machen. Nachdem noch ein Revisor gewählt und einige kleinere interne Verbandsangelegenheiten erörtert worden waren, wurde die Versammlung geschlossen. Kollegen! Besucht in Zukunft die Versammlungen besser!

Waldshut. Samstag den 15. April 1905 hielt die hiesige Filiale im „Waldschloß“ ihre Versammlung ab, in welcher die Wahl des Vorstandes vorgenommen wurde. Gewählt wurden: als 1. Vorsitzender H. Kassner, 2. Vorsitzender W. Jelling, Schriftführer Robert Gabriel, Kassierer K. Wartha, Untertasslerer Rob. Janda und als Revisoren Kuster, Schrott und Jauzig. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die von der hiesigen Arbeitervereinsvereine in Szene geleitete Aktion betreffs Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit in den hiesigen Gewerben. Mit einer einzigen Ausnahme (der Seidenweberei W. Bruner) hat bis jetzt kein einziger Arbeitgeber es der Mühe wert gefunden, den Wünschen nach dem Zehnstundentage zu entsprechen. Der Gewerbeverein hat die zehnstündige Arbeitszeit mit der Begründung abgelehnt, daß dafür kein Bedürfnis vorhanden wäre. An die Kollegen in Waldshut, Ergingen und Görwil richteten wir das Ansuchen, eine rege Agitation für den Verband zu betreiben, damit wir auch im badischen Oberlande unter den Seidenwebern endlich eine kräftige Organisation zusammenbringen. Die Versammlungen der Filiale Waldshut finden jeden 3. Sonntag im Monat im „Waldschloß“ statt. Alle Zuschriften in Verbandsfachen sind an Heinrich Kassner, Hauptstraße 86, zu richten.

Zwischen a. C. (Eine verunglückte Staatsaktion). In Verfolg der Ausperrung in der Viehzüchter Kammergarnspinnerei versuchte das Unternehmertum, den dortigen Kollegen eins auszuwichen. Jede Kleinigkeit versuchte es auszuschlagen, um die Behörden mobil zu machen. Um einen umfangreichen Arbeiterstamm zu haben, hatte man Agenten nach Böhmen geschickt, welche auch von Zeit zu Zeit einige Arbeiter brachten. Bei einem der letzten Transporte hatte nun der Leiter der Zwibner Filiale, Kollege Heibel, den Agenten auf das Unangemessene seines Tuns aufmerksam gemacht, da noch eine Anzahl gemahregelte Arbeiter vorhanden waren. Plings wurde der Fall der Staatsanwaltschaft angezeigt. Nach einer dreiwöchentlichen hochnotpeinlichen Untersuchung ist nun das Verfahren eingestellt worden. Der Beschluß der Staatsanwaltschaft lautet:

Gera, den 15. April 1905.

Der Erste Staatsanwalt bei dem gemeinsh. Landgericht. Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß die Erörterungen gegen Sie wegen Beleidigung, gemeinschaftlicher Körperverletzung und Bedrohung bezw. versuchter Mordtötung durch Beschluß der Staatsanwaltschaft vom heutigen Tage eingestellt worden sind.

(893) Dr. Döbner, J. B.

In den Weber Karl Oswald Heibel in Zwibnen. Erst kürzlich mußte vom Landgericht Gera auf Freisprechung erkannt werden; nun ist auch dieser Sache ein Begräbnis bereitet worden.

## Pojamentierer-Bewegung.

Berlin II. Die am 10. April abgehaltene Mitgliederversammlung ehrte zunächst das Andenken unseres langjährigen verstorbenen Mitgliedes Wilh. Scholz. Der Kassierer Jehms erstattete hierauf den Kassensbericht vom letzten Quartal. Filialkasse: Einnahme 1907,11 M., Ausgabe 1473,71 M. Zuzugkassa: Einnahme 837,92 M., Ausgabe 208,73 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Unter verschiedenen Neuaufnahmen wurde die des Kollegen Wille aus Hamburg beantragt. Derselbe war von obiger Filiale ausgeschlossen worden. Auf eine briefliche Anfrage in Hamburg kam der Beschluß, daß man den Kollegen aufnehmen könnte, doch solle man ein wachsam Auge auf ihn haben. Die Versammlung beschloß demgemäß die Neuaufnahme. Für die streitenden Berliner Teppichweber wurden vorläufig 100 M. bewilligt. Ein weiterer Punkt betraf die abzuhaltende Pojamentiererkonferenz. Als Tagungsort waren nach Angabe des Vertrauensmannes verschiedene Städte vorgeschlagen. Die Mehrzahl sei für Weipert. Er könne sich aus zweckmäßigen Gründen auch nur für diesen Ort erklären. Im besten sei es, wenn die Konferenz zu Pfingsten tage. Die Kollegen allerorts mögen sich mit gutem Material versehen. Es entspann sich hierauf eine sehr rege Diskussion. Derselbe drehte sich hauptsächlich um die Kosten und den Tagungsort. Für den Vorschlag Düsseldorf konnte man sich nicht erwärmen; die Gelder würden wohl zu langsam eintreffen. Es wurden noch verschiedene Vorschläge gemacht. Kollege Jehms war der Ansicht, daß jede Filiale die Kosten allein ausbringen möge. Nach der Ausführung des Verbandsfolgenden Sachse in Leipzig könnten auch die Filialen die Delegiertenkosten für eine Sonderkonferenz übernehmen. Der Vertrauensmann wurde ersucht, auch mit dem schlesischen Agitationskomitee in Verbindung zu treten. Die Versammlung erklärte sich auch für Weipert. Dem Vertrauensmann mußte man hierin freie Hand lassen.

Düsseldorf. Die hiesigen Kollegen und Kolleginnen hielten unlängst eine Besprechung ab. Derselbe war inbisherigen zwecks Stellungnahme zu einer deutsch-ungarischen Pojamentierer-Konferenz. Die Debatte war lebhaft. Es ist ein erfreuliches Zeichen und auch von größter Wichtigkeit, daß es in der Pojamentierer-Bewegung wieder etwas lebhafter wird. Nicht nur im Erzgebirge, sondern auch hier im Rheinland steht es sehr trübe aus. In Köln und in Oberfeld scheinen die Kollegen völlig eingeschlagen zu sein. Das Ziel, welches sie sich vor fünf Jahren bei der letzten Konferenz betreffs der neunstündigen Arbeitszeit und des Minimallohnes gesetzt hatten, ist heute noch nicht erreicht, und es bedarf deshalb einer gegenseitigen Aussprache. Sämtliche Anwesenden erkannten die Notwendigkeit einer Konferenz an. Die Mehrzahl ist für Weipert als Tagungsort, weil Weipert den Kollegen des Erzgebirges größere Gelegenheit bietet, zahlreicher zu erscheinen als irgend ein anderer Ort, und somit auch die Konferenz zur Förderung der Agitation im Erzgebirge beitragen würde. Zum Komittee aber hauptsächlich der Kottbus in Frage. In dem meisten Filialen werden die Kollegen nicht im Stande sein, die Kosten für einen Delegierten auszubringen. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die Kollegen und Kolleginnen der Filiale Düsseldorf erkennen die Notwendigkeit einer Pojamentierer-Konferenz an. Derselbe kann jedoch nur ihrem Zwecke entsprechen, wenn möglichst viele Orte vertreten sein werden, und hierfür bietet Weipert die meiste Gewähr. Dementsprechend sind die versammelten Kollegen der Ansicht, daß die Hauptkassa ihren Teil der Kosten tragen sollte.“ Eine Untersammlung zu Gunsten des Arbeitsnachweles ergab den Betrag von 2,00 M.

Hamburg. Vor kurzem hielt unsere Filiale eine Versammlung ab. Zur Aufnahme melbete sich ein Kollege, zugewandert waren vier. Sodann gab Kollege Richter den Bericht von der Konferenz in Bremen. Hierauf wurde vom ersten Vorsitzenden die Abrechnung vom Vergarbeiterfall verlesen. Ueber die Maßfeier entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. Man kam schließlich zu der Einigung, daß jeder den Tag feiern sollte, der dadurch in seinem wirtschaft-

Neben Verhältnis nicht geschädigt würde. Zum Schlusse kamen wir auch zu dem Punkt „Posamentierer-Konferenz“. Allgemein stimmte man dem Plane zu. Sollte eine derartige Konferenz zu Stande kommen, möchten wir nur den Kollegen allerorts dringend die Bitte aus Herz legen, daß die Konferenzbeschlüsse auch durchgeführt werden. Nach der letzten Konferenz fehlten sich die wenigsten Fiskalen an die Beschlüsse. Weil die Arbeitgeber bestrebt sind, sich enger zusammen zu schließen, sollen wir erst recht einig sein, um einem eventuellen Anprall von Seiten der Arbeitgeber Stand halten zu können. Laßt mal aus Verbandsinteresse die Meinungen persönlicher Differenzen beiseite! Erscheine jeder in der Versammlung und komme seinen Verpflichtungen nach! Als Tagungsort für die Konferenz wird von unserer Seite Berlin vorgeschlagen, weil dieses so ziemlich der Mittelpunkt von Deutschland ist. Auf die paar Kollegen, die schließlich von Wien und Budapest kommen, dürfen wir keine Rücksicht nehmen; sollten diese ein wirkliches Interesse an unserer Konferenz haben, dann kommen sie auch nach Berlin. Unverständlich ist uns, wie man den Winkel Weipert wieder vorschlagen kann; ein solch abgelegener Ort ist doch nicht dazu angetan, für unsere Sache Propaganda zu machen. Wir möchten daher ganz entschieden dafür eintreten, daß Berlin gewählt wird. Es ist ein Ort, der von allen Orten aus am bequemsten zu erreichen ist. NB. Wir möchten alle Kollegen noch ersuchen, den Paul Grund aus Buchholz daran zu erinnern, daß er hier in Hamburg in liebevollem Andenken steht, eventuell aus dessen Aushalt mitzutellen. Der Vorstand.

**Kön.** In unserer letzten Posamentiererversammlung wurde unter anderem auch Stellung zur Posamentiererkonferenz genommen. Fast alle Kollegen sprachen sich für Abhaltung einer solchen aus. Jedoch sind wir der Meinung, daß als Tagungsort nicht wieder Weipert, sondern ein anderer, mehr im Westen Deutschlands gelegener Ort gewählt werden sollte, vielleicht Frankfurt a. M. oder Offenbach. Begründet wurde dieser Beschluß damit, daß die agitativen Erfolge für das Erzgebirge gleich Null, oder doch nur sehr minimale waren. Die Delegierten werden doch wieder in der Mehrzahl Deutsche sein und die Kosten haben die Posamentierer aus ihrer Tasche zu zahlen. Deswegen wünschten wir einen günstiger gelegenen Ort als Weipert. **Münch.** Ueber die Firmen Konrad Lehner vormals Petrus sowie Jean Arolts Witwe wurde von den hiesigen Kollegen die Sperre verhängt.

### Posamentierer Deutschlands!

Zu Pfingsten findet in Weipert in Böhmen eine allgemeine Konferenz sämtlicher Posamentierer Deutschlands und Oesterreich-Ungarns statt. Pflicht aller Kollegen ist es, zu dieser Konferenz Stellung zu nehmen.

Als provisorische Tagesordnung sind folgende Punkte festgesetzt:

1. Situations-Berichte.
2. Taktik und Organisation.
3. Unser Zentral-Arbeitsnachweis.
4. Diskussion.
5. Anträge.

NB. Bekanntgabe des Totals folgt in nächster Nummer des „Textilarbeiters“.

**Ernst Daus**, Vertrauensmann der Posamentierer Deutschlands, Berlin S. 14, Alte Jakobstraße 60, bei Wischel.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

In Hamburg sind infolge eines Streiks, an dem 300 Tischler beteiligt waren, 700 Tischler ausgesperrt worden, sodaß die Gesamtzahl der Ausständigen 1000 beträgt.

In Bremen sind 2800 Werftarbeiter der Aktiengesellschaft „Weser“ ausgesperrt worden. Den Streikfall bildete ein neuausgearbeiteter eingereicher Lohnzettel, den das Unternehmen nicht anerkennen will.

Die Aussperrung in Limoges (Frankreich) ist beendet. Unter dem Vorstuh des Friedensrichters traten im Stadthaus zu Limoges die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter zusammen und einigten sich auf folgende Erklärung: Die Arbeiter erklären, daß sie der Fiktion Renaud (ein Werksführer, dessen Entlassung die Arbeiter wegen Belästigung der Frauen und Mädchen gefordert hatten und wodurch der Streik entstanden war) das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes des Unternehmers nicht antasteten wollten. Sie erkennen das Recht des Unternehmers an, die Arbeit zu leiten und die Vorgehens nach Gutdünken auszuwählen. Die Kommission der Unternehmer hält es angesichts der Ereignisse für ihre Pflicht, Herrn Saviland zu ersuchen, Renaud in seiner Fabrik in Limoges nicht mehr zu beschäftigen. Entlassungen aus Anlaß des Streiks werden nicht erfolgen. — Herr Saviland hat diese Vorschläge angenommen und seine Fabrik ohne Mitwirkung des genannten Werksführers wieder eröffnet. Daraufhin haben die Arbeiter in allen Abteilungen ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Arbeiter haben so volle Genugtuung erhalten. Leider so spät, daß erst Anruhen lutige Opfer forderten. — Von neuem soll aber, und zwar unter den Steinträgern, ein Streik ausgebrochen sein.

## Gewerkschaftliches.

Die „veränderte Taktik“. Der Wessensfelder Schuhmacherstreik infolge der „veränderten Taktik“ der Hirsch-Dunderschen, die durch ihre Wankelmütigkeit und Anarkeit, wenn nicht gar durch Gewissenlosigkeit verloren gegangen. In Wessensfeld sind etwa 3500 Personen in der Schuhindustrie beschäftigt, hiervon sind im Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands etwa 2000, im Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft der Schuh- und Lederarbeiter etwa 1000 organisiert. Das Organisationsverhältnis ist also als ein gutes zu bezeichnen. Nach vier Wochen vor dem Streik stand der Streik gut. Aber dem Hauptvorstand des Gewerkschafts scheint der Streik schon zu lange gedauert zu haben, denn ohne der Tarifkommission was von der Forderung seiner Ansichten zu sagen und obwohl er sich in den Versammlungen der Streikenden wiederholt, ja gerade noch zu derselben Zeit für die strikte Durchführung der Forderung ausgesprochen, berichtete er (Winter) am 12. März in seiner Vorstandssitzung über den Stand des Streiks und erklärte unter anderem: „Daß der Fabrikantenverein hartnäckig jede Verhandlung mit der Tarifkommission ablehnte, auch die wohlgemeinte Vermittlung hochsehender Persönlichkeiten zurückgewiesen habe. Falls ein Wendepunkt eintritt und die Forderungen nicht zur Einsicht gelangen, werde ich auf die Forderung des schriftlichen Arbeitsvertrages vorläufig verzichte und als Abschlagszahlung eine Lohnaufbesserung unter anderer Garantie angenommen werden müssen. Gelegentlich und gemäßige Zustände durch Tarifverträge einzuführen, dazu sei der Fabrikantenverein noch nicht reif.“ Im Gewerkschaftsorgan vom 1. März wurde das Stimmprotokoll und mit ihm auch die Ausführungen Winters veröffentlicht. Die Wirkung hiervon kann man leicht vorstellen. Einige Fabrikanten sind Gewerkschaftsmitglieder, freudensprechend stehen sie in den Straßen herum und gestehen jedem, was er sehen wollte, schwärz auf weiß, daß der Gewerkschaft auf die Forderung der Tarifverträge verzichte und damit der Streik beendet sei. Am 22. und 24. März, also an den Tagen, wo ein Gewerkschaftsmitglied erschienen war Winter in Wessensfeld, sprach er in öffentlicher Versammlung, forderte zu trauen und aufzugeben, daß es ohne Tarif keinen Frieden gebe. Am 24. März wurde er ab, ohne auch nur im geringsten etwas von dem eingeleiteten Taktik verlaun lassen zu haben. Man kann

sich daher die Entrüstung der Streikenden mit Einschluß der Gewerkschaftsmitglieder vorstellen.

Selbstverständlich lehnten die Fabrikanten nunmehr jede Verhandlung grundsätzlich ab. Hatte doch einer der „Führer“ erklärt: wir lassen diese Forderung fallen. Die Arbeiter beschloßen aber mit übergroßer Majorität, an dieser Forderung unter allen Umständen festzuhalten. Winter erklärte auch in der betreffenden Versammlung nunmehr, nachdem die Arbeiter dokumentiert hatten, daß sie gewillt seien, weiter zu kämpfen, gälte es auch, auszuharren, bis der Sieg errungen sei. Die Fabrikanten scheinen aber geneigt zu haben, daß er gewissenlos genug ist, unter allen Umständen das Ende des Streiks herbeizuführen. Daß Herr Winter in ganz systematischer Weise dieses Ziel zu erreichen suchte, bewies er in seinem Organ 14 Tage später.

Die Berichte über die bei dem Transport von Arbeitswilligen vorgekommenen Szenen entnahm dieses „Arbeiterblatt“ den hiesigen Blättern und druckte dieselben nicht nur kritisch ab, sondern handelte die Vorgänge noch mehr auf. Die Schilderung dieser Vorgänge war von dem Satze begleitet: „Der wirtschaftliche Kampf in seinen schlimmsten Formen scheint jetzt erst anzubahnen. Denn nach diesen Ereignissen ist eine gütliche Vermittlung ausgeschlossen.“

Eine ähnliche Rolle spielte Herr Kehl, der Hauptkassierer des Gewerkschafts, der nach Wessensfeld kam, um sich über den Stand des Streiks zu informieren. Kehl schied mit dem Versprechen, für weitere Unterstützung zu sorgen, ja er half noch den Beschluß mit fassen, für die Osterwoche die Streikunterstützung zu erhöhen. Wohllich tauchten Gerüchte auf, der Gewerkschaft habe kein Geld mehr, die drückende Leitung des Gewerkschafts trat diesen Gerüchten entgegen, aber immer von neuem wurden diese Gerüchte laut.

In der Tat lies am 19. April (einen Tag vor der Auszahlung) ein Schreiben aus Berlin ein, daß weitere Unterstützung nicht mehr gezahlt würde.

Man bedenke: Die Osterwoche keine Unterstützung! Sollte man nicht eine Woche vorher erklären können, das ist die letzte Unterstützung? Es wäre dann noch Zeit gewesen, auf andere Weise entweder das Geld zu beschaffen, oder Mittel und Wege zu suchen, den Streik zu beenden und da und dort doch noch Zugeständnisse zu erringen.

Nachdem aber die Fabrikanten wußten, daß der Gewerkschaft keine weitere Unterstützung zählte, daß rund 500 Arbeiter die Arbeit bedingungslos aufnehmen müssen, blieb weiter nichts übrig, als den Kampf abzugeben, was denn auch am Sonnabend den 22. April geschehen ist. Eine Resolution, die das Vorgehen des Gewerkschaftsvorstandes als Verrat brandmarkte, wurde von den über 2000 Streikenden einstimmig angenommen.

So endete dieser Kampf, in dem die Mitglieder beider Verbände mit einer Einmütigkeit und Geschlossenheit wie wohl nie zuvor zusammenstanden, durch den Verrat des Vorstandes des Gewerkschafts mit einer Niederlage der Arbeiter. Circa 700 Schlichter werden nach einer oberflächlichen Zusammenstellung vorläufig als Opfer dieses Verrates auf der Strecke bleiben.

Wann endlich werden die Arbeiter einsehen, daß nur die freien Gewerkschaften im Stande sind, wirtschaftliche Kämpfe zu führen, wann endlich werden sie ihre verräterischen Führer, welche sie so oft schon verraten, zum Teufel jagen, und sich ihren Klassengenossen in den freien Gewerkschaften anschließen?

Sein Christentum in seltsamer Weise behandelte hat Herr Franz Behrens, der neue Generalsekretär des Christlichen Bergarbeiterverbandes. Noch vor seiner Uebernahme nach Essen hat Herr Behrens in Berlin eine Tat vollbracht, die ihn den christlichen Bergarbeitern vielleicht doch als eine Aktivistin von zweifelhaftem Werte erscheinen lassen dürfte. Die Berliner Gärtnergehilfen stehen seit Anfang Februar in einer Tarifbewegung. Es wurde zwischen den Kommissionen des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins und der Handelsgärtnerorganisation ein Tarif ausgearbeitet, der einen Wochenlohn von 18 Mk. bestimmte, die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises im Anschluß an die Facharbeitsnachweise des Zentralvereins für Arbeitsnachweise regelte usw. Der Tarif sollte auf ein Jahr Gültigkeit haben, also bis 1. April 1903; es war eine Abwehr des von dem christlichen Verbande des Behrens beabsichtigten Tarifs mit 16,20 Mk. Minimallohn, vereinbart bis zum 1. Juli 1907. Als alles soweit fertig war, erschien Herr Behrens, ließ seine eignen Abmachungen mit den Arbeitgebern um, nach welchen der Tarifausschuß aus Verhältnismäßig mit gebundener Liste hervorgehen sollte, und forderte nunmehr paritätische Vertretung der Arbeitnehmer im Tarifausschuße, weil die Christlichen sonst keinen Kandidaten durchbringen würden. Soweit die Vorgeschichte. Am 15. April legten nun die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins die Arbeit in den Geschäften nieder, wo der tarifmäßige Lohn von 18 Mk. nicht gezahlt wurde. Dies wurde den christlichen Verbänden mitgeteilt, die durch den Arbeitsnachweis eines Gastwirtes, den sie nominell decken, Streikbrecher zu stellen drohten, und zwar wurde diese Drohung von Behrens selbst in seinem Blatte ausgesprochen. Die christlichen Herren haben denn auch in der Tat ihren Arbeitsnachweis in Berlin dazu benützt, um die Streikbrecher zu stellen. Aber damit nicht genug. Am 18. April hatten die Arbeitgeber Versammlung, um zu dem Tarif endgültig Stellung zu nehmen. Hier erschien auch Herr Behrens, der den Herren verständlich machte, daß sie auf keinen Fall den Tarif nur auf ein Jahr abschließen dürften, da sie dann im nächsten Jahre wieder von der sozialdemokratischen Gehilfenschaft „belästigt“ werden könnten. Der Tarif müsse wenigstens auf zwei Jahre abgeschlossen werden. Selbstverständlich stimmten die Arbeitgeber dem eblen Menschenfreunde zu. Da aber die Arbeitgeberkommission ihr Wort verpönt hatte, ist die Sache so ohne weiteres noch nicht abgetan. Herr Behrens, der neue Generalsekretär des Christlichen Bergarbeiterverbandes, hat es also bei den Gärtnern noch in letzter Minute fertig gebracht, eine Streikbrecheragentur zu organisieren, eine Aufbesserung der Löhne der Gärtnergehilfen nicht nur in diesem und im nächsten, sondern sogar noch auf ein folgendes Jahr illusorisch zu machen, bezw. hinauszuschieben. Wirklich, zu dieser neuen Kraft kann man den Bergarbeitern gratulieren.

Ein dänischer Gewerkschaftskongress fand am Gründonnerstag und Karfreitag zu Kopenhagen statt. Es waren 47 Fachverbände mit im ganzen 964 Abteilungen und 14 direkt angeschlossene Fachvereine vertreten, die insgesamt 8830 Mitglieder zählten. Delegierte waren 300 anwesend. Der Bericht über die seit der vorigen Generalversammlung verflorenen zwei Jahre lag gedruckt vor. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes, Folkethingsmann Martin Olsen gab dazu mündlich einige Erläuterungen und Ergänzungen. Im Lohnbewegungen waren im Jahre 1903 38 Organisationen mit 19429 Mitgliedern beteiligt, an Arbeits-einstellungen jedoch nur 1215 von ihnen. Für 14568 Mitglieder wurden Vorteile erzielt. Die Ausgaben für die Streiks beliefen sich auf 75212 Kr. Zur Unterstützung von Streiks im Auslande wurden in demselben Jahre 40 962 Kr. ausgegeben. Im Jahre 1904 waren 42 Organisationen mit 13688 Mitgliedern an Lohnbewegungen beteiligt. Die Zahl der Streikenden belief sich auf 1520, die der Ausgesperrten auf 716. Für 9086 Mitglieder wurden Vorteile erzielt und zwar mit einem Kostenaufwande von 197547 Kr. Für Streiks im Auslande wurden im Jahre 1904 nur 5039 Kr. ausgegeben. Unter den Arbeitgebern waren die Eisenindustriellen die kampfsüchtigsten. Hierüber hatten die Tischler, die Maschinenfräser, Buchbinder, Maler und die Buchdrucker Lohnkämpfe durchzuführen. Durch Rücksprache mit der Niederst-Bereitigung wurde

der Versuch gemacht, die Dampfmaschinenhersteller zu reorganisieren, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Die Nieder, die bekanntlich den Seelenten vor zwei Jahren das Koalitionsrecht geraubt haben, erklärten, daß sie jetzt mit den Verhältnissen an Bord sehr zufrieden seien. Da die Seizer und Seekute anderer Meinung sind, wird selbstverständlich auch der Gewerkschaftsverband seine Bemühungen für sie fortsetzen. Die Arbeitslosenunterstützung hat in den einzelnen Gewerkschaften sehr große Kosten verursacht. Im Jahre 1904 bezahlten für die in zwei die Schmeide durchschnitten 17,92 Kr. pro Mitglied, die Zopograben 20,56 Kr., die Glasbläser 22,55 Kr. und die Bauarbeiter sogar 29,29 Kr. Im ganzen wurden im Jahre 1904, soweit dem Gewerkschaftsverband Berichte zugehen, 411 492 Kr. für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. Davon wurde zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung eine Resolution angenommen. Für die Arbeitslosenunterstützung wurde ein Staatszuschuß an die Gewerkschaften gefordert.

Der südwaldische Bergarbeiterverband verurteilt. Mit einem der gewerkschaftsfeindlichen Prozesse, die in letzter Zeit in England eigentümlich geworden sind, beschäftigten sich kürzlich die Richter in London. Es handelte sich um eine Klage auf 6000 Pfund Sterling (1,2 Millionen Mark) Schadensersatz gegen den Verband und die Führer der südwaldischen Bergleute, die im Jahre 1900 und 1901 fünf Ruhetage angeordnet hatten, um die Kohlenpreise und die Bergarbeiterlöhne anrecht zu erhalten. Das Urteil der ersten Instanz, abgegeben vom Richter Bigham am 7. August 1902, fiel zu Gunsten der Bergleute aus. Die Kläger legten Berufung ein, die am 12. August 1903 mit der Ansetzung des Urteils der ersten Instanz endigte, worauf die Bergleute an die Vordichter appellierten, die nun das Urteil der zweiten Instanz bestätigten. Der südwaldische Bergarbeiterverband ist damit endgültig zur Zahlung des Schadensersatzes verurteilt worden. Hoffentlich, bemerkt der „Vorwärts“ dazu, ist dies einer der letzten großen Gewerkschaftsprozesse, die die ganze Existenz des Trades-Unionismus bedrohen. Am 8. April 1904 nahm das Unterhaus mit einer Mehrheit von 122 Stimmen die zweite Lesung der neuen Gewerkschafts-Vorlage an, deren Zweck es ist, derartige Prozesse unmöglich zu machen. Die Vorlage befindet sich gegenwärtig in der Kommissionsberatung. Der erste Abschnitt, der das friedliche Streitpostensystem einer oder mehrerer Personen gesetzlich erlaubt, wurde vor einigen Tagen von der Kommission angenommen. Die größte Schwierigkeit wird der dritte Abschnitt der Vorlage bereiten, der die Verantwortlichkeit der Gesamtwirtschaft befeitigen will. Die Annahme dieses Abschnittes würde den Gewerkschaftsprozessen ein Ende machen.

## Soziales.

Der siebente internationale Arbeiterversicherungskongress wird in der Zeit vom 17. bis zum 25. September d. J. in Wien tagen. Das Komitee hat als ersten Verhandlungspunkt die Invaliden- und Altersversicherung angefaßt. Als fernere Verhandlungsthemata sind noch zu nennen die Schaffung einer einheitlichen internationalen Unfallstatistik, sowie die Darstellung der historischen Entwicklung der Arbeiterversicherung seit dem Jahre 1889.

Die jugendlichen Bergarbeiter Englands sollen eines ausgedehnten Schutzes als bisher teilhaftig werden. Das Unterhaus hat in zweiter Lesung eine Novelle zu dem bisher bestehenden Gesetze angenommen, das nur die unterirdische Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren im Bergbau verbietet, bei Kindern von 13—16 Jahren aber eine zehnjährige Arbeitsdauer zuläßt. Dagegen will die Novelle das Schutzesalter auf 18 Jahre erhöhen und die zulässige Höchstdauer der Arbeitszeit auf acht Stunden einschränken. Zu den Gegnern der Novelle zählen beschämenswerterweise außer den Kohlenbergwerksbesitzern auch die Bergleute von Northumberland und Durham. Diese Bergarbeiterkategorie arbeitet nur sechs oder sieben Stunden täglich, was denselben nur durch Ausbeutung der für sie arbeitenden Knaben möglich ist. Jede Beschränkung der Arbeitszeit für die jugendlichen Bergarbeiter fällt also zu ihrem persönlichen Schaden aus. Schon im Vorjahre hatten die Bergleute diesen traurigen Ausbetersum bewahrt. Diese Auswucherung der jugendlichen Arbeitskraft ohne Rücksicht auf Gesundheit und Glück der Kinder zu eigenem Gewinn macht der Bergarbeiterorganisation Englands keine Ehre.

Ein Arbeiterheim in Karlsbad ist mit Hilfe der österreichischen Krankenpflegerinnen und der Arbeiterorganisationen von der Karlsbader Arbeiterkassette errichtet worden. Das dreistöckige, sieben Stockwerke zählende Gebäude enthält u. a. einen Saal für 400 Personen, ein Klubzimmer, Restaurant und 40 Zimmer für Pensionisten.

Öffentliche Versorgung bedürftiger Kinder in Ungarn. Dr. A. Szana, der Chefarzt des staatlichen Kinderzuges und des „Wessensfelder“ Kinderzuges in Temesvár hat die obligatorische staatliche Fürsorge für die der öffe n t l i c h e n V e r s o r g u n g bedürftigen Kinder in Ungarn zusammengestellt (Separatdruck aus der „Jugendfürsorge“ Berlin 1904). Danach werden dort solche Säuglinge grundsätzlich bei der Mutter versorgt, größere Kinder muß aber die Mutter — falls sie lebt — in die Anstalt geben und sich so von dem Kinde trennen. In beiden Fällen wacht aber die Waisen- und Kinderpflege über der Kinder Wohlergehen. Die Kosten dafür trägt der Staat. Die gesetzlich noch nicht überwindene Schwierigkeit liegt nun darin, daß Kinder, welche das Glück oder Unglück des Besitzes zu zärtlicher Mütter, die sich nicht von ihnen trennen wollen, haben, nicht in die staatliche Versorgung gebracht werden können und so leicht in Elend und Not verfallen oder darben müssen, die Gemeinden aber Erziehungsbeträge verweigern, da solche Kinder Anspruch auf staatliche Versorgung haben. Spränge der Staat aber unbesch in solchen Fällen mit Geldbeiträgen ein, würde dem Mißbrauche unter Umständen mit Hilfe der Gemeinden Tor und Tür geöffnet sein. Die Weiterentwicklung der hygienisch und erzieherisch so wertvollen öffentlichen Kinderfürsorge denkt sich Szana deshalb in der Gewinnung von Naturalien. Am vollkommensten erscheinen ihm dafür Tagesheim, wo die in Arbeit gehende Frau ihr Kind hineingibt und abends wieder abholt. Es wird dann dort gebräutig beaufsichtigt, geleitet und genährt. Eine weitere Naturalunterstützung wäre Bekleidung dieser Kinder und kostenloser Schulbesuch mit kostenlosen Lehrmitteln. Die Beaufsichtigung der Kost- und Haltelinder soll, so fordert Szana, möglichst einem der Kinder a s y l e übertragen werden. Damit würde die große Sterblichkeit unter den ohne Aufsicht plazierten Säuglingen vermindert.

## Wirtschaftliches.

In seiner wirtschaftlichen Rundschau schreibt Max Schippel: Der internationale Kongress der Baumwollindustriellen, der bis Mitte April in Brüssel tagte, zeigte recht deutlich, wie rasch heute für einzelne Produktionszweige die wirtschaftliche Konjunktur sich ändern kann. Vor elf Monaten, auf dem Zürcher Kongress, auf dem England, Frankreich, Deutschland, Belgien, Oesterreich, die Schweiz, Italien und Portugal vertreten waren, bestand noch immer die Aussicht vor der Rohstoffknappheit und Teuerung, das empörende Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer kapitalistischen, rücksichtslosen Spekulation, welche die stöckende Zukunft genügend zu beherrschen und zu beeinflussen wußte, um der industriellen Nachfrage Widerpresse vorzuschieben. Die Liverpooler Baumwollnotierung war zeitweise im Jahre 1904 bis auf 8,96 Pence emporgeklommen, während sie im Januar des laufenden Jahres bereits wieder bis auf 3,68 Pence zurücklief und am 15. April auf 4,18 Pence stand.



# Beilage zu Nr. 18 des Textil-Workers.

Chemnitz, Mittwoch den 5. Mai 1905.

## Vom bayerischen Weberleben.

1.

In der bayerischen Fabrikinspektion ist es eine treffliche Einrichtung, daß in jedem Jahre das Interesse der Aufsichtsbeamten auf einen bestimmten Beruf und eine bestimmte Frage konzentriert wird. Dieser Einrichtung verdanken wir eine Reihe wertvoller Sonderuntersuchungen, so in diesem Jahre über die Textilindustrie in Bayern. Die Erhebung beweist, daß es wahrlich nicht notwendig ist, nach Schlesien zu gehen, um das Weberleben kennen zu lernen, daß auch Bayern auf diesem Gebiete nur zu viel des Traurigen zu bieten hat. Wir finden in Bayern neben den größten Fabriken auch eine zahlreiche über das Land zerstreute Hausindustrie. In einer Zusammenfassung, mit der der Bericht eingeleitet wird, führt der bayerische Zentralinspektor für Fabriken und Gewerbe aus: Wie in verschiedenen anderen Gewerben, so hat sich auch in dem alleingewonnenen in zahlreichen Städten und Orten Bayerns verbreiteten Handwerk der Spinner, Weber, Tuchmacher, Stricker und Seiler usw. im Laufe des 19. Jahrhunderts ein Umwälzung vollzogen, der die alte ursprüngliche Form der früheren Arbeitsweisen kaum mehr erkennen läßt. Nur in alter Weise mit der Hand gesponnen, nur immer mehr auf das Land zurückgedrängte kleine Gewerbetreibende betreiben die Weber und Seilerer zumeist als Hausgewerbe noch ähnlich der früheren Form. Die alten Spinn- und Webstühlen, wie auch die einfachen Werkstätten der Zeug- und Tuchmacher sind größtenteils verschwunden, an ihre Stelle sind Spinnereien, Webereien, Tuch- und Seilwarenfabriken usw. getreten. Durch sinnreich konstruierte Spezialmaschinen wurde die Handarbeit ersetzt. Die Erzeugnisse der modernen Technik, die den großen Umwälzung in der gesamten Textilindustrie veranlaßt haben, sind nur wenigen früheren Gewerbetreibenden in richtiger Erkenntnis ihrer Zeit und der fortschreitenden Produktionsweisen zu gute gekommen; zumeist waren es neue Unternehmer, die im Besitze entsprechender technischer und kaufmännischer Kenntnisse mit dem nötigen Kapital die Errichtung und den Betrieb der modernen mit teuren Maschinen ausgestatteten Anlagen übernahmen und daraus Nutzen zogen.

Im Jahre 1901 waren insgesamt neben 344 Fabriken und 82 anderen Motorbetrieben noch immer 1529 Kleinbetriebe erhalten. Zum Teil geht sich das sächsische Industriegebiet im bayerischen Oberfranken fort. Weber die Verbreitung der Hausindustrie in den verschiedenen Teilen Bayerns liegen keine befriedigenden Angaben vor. Es ist anzunehmen, daß zahlreiche hausindustrielle Betriebe der Aufmerksamkeit der Fabrikinspektoren entgangen sind. Das erkennt man schon daraus, daß sie sich vielfach auf die Angaben der durchaus veralteten Berufs- und Gewerbebeurteilung vom Jahre 1896 beziehen, deren schwächste Seite nach Meinung aller Sachverständigen gerade die Feststellung der Hausindustrie war. Wir wollen deswegen auch nicht zu viel Gewicht auf die zahlenmäßigen Angaben in der Untersuchung legen.

In Oberbayern werden einige Frauen mit Koppen, das ist das Veredeln von heller Wolle, in einem dunklen Gewebe mittels Garbstock, dann einige Frauen mit Besagarbeiten, mehr in Stricker-, Häkel- und Spitzenverfertigung beschäftigt. Neben Arbeiterfrauen sind auch Witwen und Töchter von niederen und mittleren Beamten, ja selbst manche Frauen und Töchter aus den wohlhabenden Kreisen hausindustriell tätig, die dadurch eine preisdrückende Konkurrenz schaffen, die denjenigen sehr schädlich wird, welche den Ertrag der hausindustriellen Betätigung zur Fröhen der Existenz und nicht als Taschengeld benötigen. Vereinzelt finden sich als Nebenbetriebe der Landwirtschaft noch Handwebereien, auch „Stöhrarbeit“, findet sich in einigen Gegenden. Die Handweber gehen von Ort zu Ort zu den Landeuten und weben in deren Wohnung nach das hausgesponnene Garn. Selbstverständlich kann sich diese zurückgebliebene Betriebsform nur noch kümmerlich erhalten, sie dürfte nicht mehr lange in den vereinzelt Exemplaren anzutreffen sein. In der Handweberei verdienen die Spinnarbeiter neben Kost und Schlafstelle bei den betreffenden Bauern 1,20—1,70 Mk. Von diesem geringen Lohne hat der Gehilfe einen Teil an den Meister für die Benutzung des Webstuhles und für die Verfertigung an den Feiertagen abzugeben. Bei den übrigen Heimarbeitern in Oberbayern wird ein Tagesverdienst von 1,50 Mk., aber nur für andauernde und gewandte Arbeit, angenommen. Zehn Prozent und wohl auch mehr dieses Lohnes ziehen sich die Zwischenpersonen, die Faktoringen, für ihre Vermittlerleistung ab. Eine genaue Feststellung des Einkommens scheint nicht erfolgt zu sein; in der Regel ist die Arbeit, wie in der Hausindustrie überhaupt, Mordarbeit, deren genaue Berechnung die Fabrikinspektoren unterlassen haben.

In Niederbayern kommt Leinenweberei als Hausindustrie vor. Die Fabrikinspektion schätzt die Heimarbeit auf 250 Leinenweber im Bezirk Regensburg, auf 7 Seidenweber im gleichen Bezirke, im übrigen bayerischen Waide dürften nach ihrer Schätzung noch 100 allein arbeitende Leinenweber tätig sein, daneben mag es noch einige hausindustrielle Webstühle geben. Viel wird geklagt über die Schwierigkeit, in der Hausindustrie geregelte Arbeitsgelegenheit und angemessenen Erwerb sich zu sichern. Der Ausgleich in den Erträgen der Landwirtschaft kommt den eigentümlichen Berufswebern nicht zu statten. Der Mißwachs des Krautes hat im Jahre 1904 in den Höhen des bayerischen Waldes auch die Besitzenden ungünstig beeinflusst. Der Verdienst ergab aus Rundschaffsweberei, wenn Garn von der Bevölkerung zum Weben gebracht wurde, 9—18 Pfg. für den laufenden Meter je nach der Feinheit des Garnes und der Art des Gewebes; der Tagesverdienst kann sich hierbei auf 1,50 bis 1,70 Mk. belaufen, doch scheinen davon nur wenige zur Unterhaltung des wachsenden usw. notwendig zu sein. Für Heimarbeiter im Auftrag eines Verlegers und unter Bezug des Garnes von demselben belief sich der Wochenverdienst auf 6 Mk. in der Leinen- und Seidenweberei, für Besitzer von Jacquard-Webstühlen auf 9 Mk. bei Fertigung von leinenen Tafelstühlen. Der Zusammenschluß hausindustrieller Weber zu einer Genossenschaft hat den Mitgliedern unerschöpfliche Zuschüsse aus Regierungsmitteln und Kredit beim Raiffellenverein verschafft. Dadurch wurde es dieser Genossenschaft ermöglicht, größere Maschinenlieferungen zu übernehmen und Rohmaterialien günstiger einzulassen. Es ergab sich auf diese Weise eine Erhöhung des Wochenverdienstes auf 8 und 9 Mk. Dies beweist klar, daß selbst die einzigen vernünftigen Mittel, die man zu Gunsten der absterbenden Hausindustrie anzuwenden vermag, auch nur das dürftigste Einkommen zu verschaffen vermögen, ein Einkommen, auf das auch der schlechteste städtische Industriebesitzer sich nicht herabdrücken lassen möchte. So ergibt sich der wohl begründete Wunsch bei den Handwebern, daß der in der Kreisweberzelle ausgebildete Nachwuchs in Fabriken Beschäftigung suche und nicht, oder nur in möglichst geringer Anzahl, in die Heimat zurückkehre.

Auch in der Pfalz findet sich noch die Heimarbeit, wenn sie auch nur noch ein ganz kümmerliches Dasein führt. Eine Seidenweberei, die früher 120 Heimarbeitern in der Umgebung von Zweibrücken Beschäftigung gewährte, gab im Jahre 1904 nur noch zwei Weberinnen Arbeit nach Hause. Eine Seidenweberin legt dafür 15—20 Arbeiterinnen die fertigen Seidenstoffe in der Behausung der Arbeiterinnen „puhen“ und eine Säckefabrik läßt durch etwa 10 Sackweber und 10 Sackweberinnen in deren Heim Säckchen herstellen. In der Zeit von 1903 auf 1904 nahm die Zahl der Heimarbeiter um 40 ab, während zu gleicher Zeit die Zahl der in fabrikmäßiger Textilindustrie verwendeten Arbeitskräfte zunahm. Je nach der Jahreszeit und je nachdem nicht andere Arbeit die Männer abhält — dieselben sind im Hauptberufe Maurer, Ziegler oder Tagelöhner für landwirtschaftliche Betriebe — sehen diese Arbeiter ihren Webstuhl alten Systems in Bewegung, der einen Teil der kleinen zeitlichen Zimmer einnimmt. Die Tagesverdienste dieser Leinenweber schwanken natürlich sehr. Bei Alleinarbeit wird in 11 Stunden ein Tagesverdienst von etwa 1,80 Mk. erreicht, der bis 2,80 Mk. steigt, wenn auch andere Familienmitglieder die Nebenarbeiten leisten. Die erwachsenen Sackweberinnen können bei zehnstündiger Arbeit 80 Pfg. bis 1 Mk. täglich verdienen. Die Seidenweberinnen verdienen 52 Pfg. bis 1,84 Mk. am Tage, je nachdem sie Zeit auf die Arbeit verwenden können. Die 15 bis 20 Stückpuherinnen, die für eine zweite Seidenweberin Heimarbeit leisten, kommen im Verdienste bei sehr fleißiger und unausgesetzter eifriger Arbeit auf 520 bis 620 Mk. im Jahre. Es sind dies meistens ledige Arbeiterinnen oder Verheiratete ohne Kinder. Frauen mit einem Hausstand verdienen etwa 8—10 Mk. in 12 Tagen. Sie verwenden meist nur ihre freie Zeit am Tage und die Abendstunden auf die Stückpuherarbeit, welche an die Augen große Anforderungen stellt. Gesundheitlich ist auch zu beanstanden, daß die Arbeiterinnen die bis zu 120 Pfund schweren Seidenrollen über mehrere Treppen hoch tragen müssen.

In der Oberpfalz ist die Handweberei infolge des bedeutenden Aufschwunges der Großindustrie in direkt angrenzenden Markt-Redwitz fast gänzlich ausgestorben, die Hand der sind zum Fabrikbetriebe übergegangen. Es wird eine Spinnkloppel-Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht aus der Oberpfalz erwähnt, die den Verbleib des größten Teils der verfertigten Produkte übernommen hat und bezüglich des Absatzes sehr Erfriechliches leisten soll. Wie hoch freilich der Verdienst der Spinnkloppelinnen ist, wird leider nicht mitgeteilt, so daß wir die Berechtigung zur Zufriedenheit des Aufsichtsbeamten nicht nachprüfen können.

In Oberfranken, das früher ein wichtiger Sitz handwerklicher und hausindustrieller Weber und Spinner war, ist infolge der Revolutionierung der Technik die Textilindustrie auf allen Linien stetig vorangegangen. Das Spinnrad ist verschwunden, die Handweber sind von Jahr zu Jahr von der Maschinenarbeit verdrängt. Die Tuchfabrikation hat dem sächsischen und anderen Wettbewerb nicht Stand zu halten vermocht. Aber die Handweber gibt noch immer in hausindustrieller Tätigkeit auf mehreren Tausend Stühlen noch über 100000 Menschen Beschäftigung; der Hausindustrie, der Web- und Buntstückerie, ferner der sogenannten sächsischen Webzäherei widmen sich etwa 2000 Personen, 4000 Kinder von 6 bis 14 Jahren sind in der Hausindustrie tätig, und zwar in der Weberlei mit Spulen, Fransendrehen, Knüpfen und anderen Vollenungsarbeiten, desgleichen sind sie zahlreich in der Webnäherlei und Säckerei beschäftigt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Assistentin des Fabrikinspektors beim Vollzuge des Kinderzuschulgesetzes Befremden und Mißtrauen begegnete. Arbeiterinnen spielen in der Heimarbeit ebenso wie in der Fabrikindustrie eine große Rolle. Die 12000 Personen, die in der hausindustriellen Textilindustrie Oberfrankens tätig sind, verdienen ein recht kümmerliches Brot. Merkwürdig ist die Behauptung, daß früher die Verhältnisse noch unglücklicher gewesen sein sollen. Geringe Verdienste und damit dürftige Ernährung, vielfach unzulängliche Wohnungen, überlange Arbeitszeiten und starke Inanspruchnahme der Kinderarbeit im Besonderen sind die Hauptmerkmale der Hausweberlei sowie der übrigen Zweige der Hausindustrie. Infolge ihrer gebeugten Körperhaltung und der anstrengenden Bewegung des Stuhles sind die Heimarbeiter Gesundheitschädigungen ausgeführt. In der Näherlei und Zieherlei leiden die Augen und Nerven bei der außerordentlichen feinen Arbeit durch Abspannung sehr. Klagen hierüber sind oft beweglich und nach Aussagen von Lehrern leiden schon Kinder infolge der anstrengenden Arbeit namentlich bei mangelhafter Beleuchtung an Kurzsichtigkeit. Auch die beschwerlichen Wege zum Abklopfen der Waren durch schweres Tragen bei schlechten Witterungsverhältnissen gesundheitlich häufig geschadet haben. Die Hauptgefahr für die Gesundheit der hausindustriellen Bevölkerung bildet jedoch die gesamte wirtschaftliche Rückständigkeit.

## Mitteilungen aus Fachreisen.

Wachen. Netze Zustände scheinen in der Lohnweberei Bindell, Steinebrüder bei Wachen, zu herrschen. Waren wir auch durch einige Verhandlungen aus der letzten Zeit am Gewerbegericht betreffs dieser Firma schon einigermaßen auf Mißstände vorbereitet, so hat uns doch eine am 28. April stattgehabte Belegschaftsbesprechung durch die Fülle der Klagen geradezu überrascht. So bezahlte auf einigen Stühlen die Firma 1/2 Pfennig weniger als der Tarif vorlieht, weil die Stühle vorgebildet mehr wie 68 Touren machen, was von allen Webern aufs entschiedenste bestritten wird. Außerdem wird den Webern willkürlich Stopplohn abgezogen. Einzelnen, welche sich von der Berechtigung der Abzüge überzeugen wollten, wurde die Entlassung angeboten. Andre haben festgestellt, daß bedeutend weniger Fehler in dem gelieferten Stücke waren, als man ihnen in Abrechnung bringen wollte. Außerdem ist das zu verarbeitende Material derart, daß sich die andern Lohnweberinnen alle gewelert haben, Arbeiter von der Firma Lambert & Co. anzunehmen. Ein Lohnweberbesitzer soll sich geäußert haben: „Von diesem 15 Pfg.-Bazar nehme ich nur Arbeit, wenn überhaupt nichts mehr zu bekommen ist.“ Ein weiterer Fall, welcher in der Besprechung zur Sprache gebracht wurde, zeigt deutlich, wie es oft gemacht wird, um dem Arbeiter die lauer verdientes Grobher wieder nachträglich abzunehmen. Ein Weber mußte eine Kette Knoten. Während dieser Zeit mußte er mehrfach im Tagelohn Botengänge verrichten. Nach Vollerführung des ersten Stückes „bestrafte“ man den Weber um 1 Mk., weil er zu lange an der Kette gestohlet hätte. Erst auf energisches Eintreten des Ausschusses erhielt der Weber die 1 Mk. zurück. Dem Ausschusse wurde aufgetragen, der Firma alle Mißstände vorzutragen, und wenn dies nichts nütze, nochmals eine Besprechung abzuhalten, um weitere Schritte zu beraten. Wenn derartige Mißstände bei einzelnen Firmen noch während der augenblicklich herrschenden guten Konjunktur vorkommen, dann nimmt's uns kein Wunder, wenn eine große Zahl dieser Weber versucht, einen andern Beruf zu ergreifen. Es wäre höchst zu bedauern, daß die Wachen Textilarbeiter endlich einmal ernst machen und geschloffen durch eine stammige Organisation sich ein menschenwürdiges Auskommen zu verschaffen suchten, denn ohne Kampf kein Sieg.

Apolda. In der am 13. Mai stattfindenden Versammlung wird Herr Dr. med. Schulze über: „Wesen und Begleiterscheinungen der Hereditäre“ referieren. Da diese geheimnisvolle Krankheit jetzt die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf sich zieht, dürfte es sich für alle Mitglieder ohne Ausnahme empfehlen, diesem Vortrage beizuwohnen. Außerdem wird der Prüfungsausschuß über die letzte Lehrlingsprüfung Bericht erstatten.

Aue. Wie gleichgültig die hiesigen organisierten Textilarbeiter sind, ist schon in Nummer 15 d. Bl. erwähnt worden. Dies haben sie auch wieder am letzten Jahrtage, am 23. April, bewiesen; waren doch ganze fünf Mann erschienen, trotzdem sie noch vorher durch Zirkular eingeladen waren. Kollegen, es gibt so manches Wichtige zu beraten! Deshalb sollte ein jeder mitarbeiten und nicht bloß denken: „Mögen's nur andre machen“, denn ein oder zwei Mann können auch nicht alles besorgen. Es genügt nicht nicht, daß ihr eure Beiträge entrichtet, nein, ihr müßt auch von der Sache unterrichtet sein, und dies kann nur geschehen, wenn ihr es euch zur Pflicht macht, zu jedem Jahrtage zu erscheinen. Der nächste Jahrtage findet den 21. Mai statt und erwartet man einen besseren Besuch wie bisher.

Bosch. Bei der Firma Gebr. Braunschweig, Buntweberlei hier selbst, haben am Sonnabend vor Ostern sämtliche Weber und Weberinnen, circa 140 Personen, infolge Lohnminderungen die Kündigung eingereicht. Der Bewegung liegt folgende Vorgeschichte zu Grunde: Als vor einigen Jahren infolge lauer Geschäftsganges die Löhne der Weber mehr und mehr reduziert wurden, ohne daß sich die Belegschaft hiergegen wehren konnte, fehlte ihnen gleichzeitig noch die Erkenntnis, daß sie, falls solche Lohnreduktionen erfolgreich abgewehrt werden sollen, sich der Organisation anzuschließen hätten, und es sind aus diesem Grunde frühere Fabrikversammlungen resultatlos verlaufen. Dieses hat sich indes geändert, indem jetzt die ganze Belegschaft mit wenigen Ausnahmen organisiert ist. Unsere Organisation ist mit 15 Personen, die christliche mit circa 120 Personen und der christlich-holländische Verband „Unitab“ mit ungefähr 10 Personen an der Bewegung beteiligt. Die Gewerbe-Inspektion, welche sich der Sache als Vermittlungsinstanz angenommen, hat bereits Einigungsversuche angestellt, welche jedoch resultatlos verlaufen sind. Es sollen zwar seitens der Firma einige Zugeständnisse gemacht worden sein, welche jedoch, da sie der Arbeiterschaft zu wenig erschienen, nicht in Betracht kommen. Die Weber hatten schon vor längerer Zeit der Firma eine von der Belegschaft ausgearbeitete Lohnliste eingereicht, welche einer Lohnhöhung von 15 bis 20 Prozent gleichkam. Die Firma hingegen arbeitete eine andere Lohnliste aus, welche sich jedoch größtenteils nach der Breite der Ware richtete, und war nach Ansicht der Weber die Erhöhung der Löhne auf Grund dieser Liste eine derartige, daß von einer Aufbesserung kaum die Rede sein konnte. In einer am 20. April abgehaltenen Fabrikversammlung, in welcher die Vertreter beider Verbände (von unserer Seite Kollege Höhrig) erschienen waren, wurde seitens der Belegschaft erklärt, nur an der von ihr eingereichten Lohnliste festzuhalten, da die Forderungen so minimal seien, daß die Firma diese mit Leichtigkeit bewilligen könne. Es wurde in dieser Versammlung eine geheime Abstimmung vorgenommen und das Ergebnis war die Einreichung der Kündigung oder Akzeptierung der eingereichten Lohnliste. Es sind nun die Mißfälle gefallen: ist bis zum 6. Mai keine Einigung erzielt, so tritt an diesem Tage die gesamte Belegschaft in den Streik. Wir richten nun an die deutsche und ausländische Textilarbeiterschaft die dringende Bitte, für Vermeidung des Zuganges fremder Weber zu sorgen. Die nächste Versammlung findet am Sonntag den 7. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr, im „Bayerischen Hof“ statt. Es ist dringend notwendig, vollständig zu erscheinen, da über wichtige Angelegenheiten beraten werden soll. Die Versammlungen finden übrigens regelmäßig aller 14 Tage statt und ist es wohl an der Zeit, daß der Geist der „freien Gewerkschaftsbewegung“ sich endlich einmal in stärkerem Maße als bisher bemerkbar macht.

Elsterberg. Einen derben Schlag hat ein Nachbar, Mitarbeiter- und Schützenbruder, dem hiesigen Unternehmertum bewußt oder unbewußt durch Bekanntgabe seines Familienverbrauchs im hiesigen Lokalklatschen, genannt „Elsterberger Nachrichten“, versetzt. Mit verhaltenem Grimm steht dieser seltsame Mensch das Unternehmertum um Gnade an, indem er schreibt:

„Etwas über die Lebenslage unserer mechanischen Fabrikarbeiter, welche im Besitze einer Anzahl Kinder sind, in bezug auf die Steigerung der Lebensmittelpreise und das Sinken des Verdienstes.“

Einkommen hat im ersten Vierteljahr 1904	213,85 Mk.
verdient	175,65
im gleichen Vierteljahr 1905	38,20 Mk.
demnach ein Weniger von	213,85
Weniger Ausgaben und durch die hohen Lebensmittelpreise mehr Ausgaben, was soll werden, wenn es so weiter geht? Hierzu ein Bild über Ausgaben im ersten Vierteljahr 1905:	
Für 7 Köpfe Nahrungsmittel	201,07 Mk.
macht wöchentlich	15,70
(wer kann eine derartige Familie billiger ernähren? d. h. menschlich zu leben?)	
für Feuerung und Licht wurden gebraucht	17,50
- Krankengeld	4,42
- Schulgeld und Schulbuchkosten	9,20
- Kleidung bezahlt	24,65
- Kinder-Verpflegung	39,-
- den Bogeländischen Anzeiger	1,50
- die Elsterberger Nachrichten	1,10
- Gesellschaftssteuern	1,65
- Plättwäsche	—,95
- Rasieren und Haarschneiden (2 Buben eingeschlossen)	2,10
- Hauszins	28,50

Summa der Ausgaben 335,04 Mk. Dazu kommen noch die wohlüblichen Steuern. Also nach diesen Zahlen ist gegenwärtig ein Familienvater nicht in der Lage, trotz angestrengter Arbeit für seine Frau und Kinder den notwendigen Lebensunterhalt zu schaffen. Die Herren Arbeitgeber würden wahrlich keine Gnade begehen, wenn sie Arbeiter mit kinderreichen Familien etwas bedenken würden, was sehr leicht ist. Man ist doch auch ein Mensch wie jeder andere und nicht nur zur Arbeit geboren, sondern will auch einmal eine Freude haben, und dazu braucht man wieder Geld. Wer muß da helfend eingreifen: die bedauernswerte Frau, die sich zu Hause zerteilen möchte; sie muß Tag und Nacht arbeiten, um das Fehlsende zu verdienen, was ihr aber gar nicht möglich ist.

Nun, ich will diesmal abbrechen, es können doch Vorschläge kommen, wie billiger zu wirtschaften ist. Solche Vorschläge können kommen, dürfen den Einkämmer aber nicht befriedigen. Auch für ihn gilt das täglich empfohlene Rezept: die gewerkschaftliche Organisation.

**Elsterberg.** Das Verlehrslokal der hiesigen organisierten Arbeiterkassens ist das Hotel zum „Burgkeller“, Schulstraße.

**Gera.** Unsere Textilfabrikanten haben durch ihren Rechtsbeistand Dr. Lehme Leipzig per Einschlag in den hiesigen Betrieben folgende Antwort auf die gestellten Forderungen zur Kenntnis gebracht: „Für und Für sich Thüringischer Webereien, Eingetragter Verein. Der Verband Thüringischer Webereien ist seit längerer Zeit mit der Durchprüfung der bestehenden Mindestlohnverträge beschäftigt. Die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Fabriken und die Rücksichtnahme auf die große Konkurrenz des In- und Auslandes erfordern eingehende und zeitraubende Erörterung der darauf bezüglichen Fragen, deren Erledigung noch weitere Zeit in Anspruch nehmen wird. Der Verband wird nach Beendigung dieser Vorarbeiten bereit sein, innerhalb seiner Ortsgruppen mit Vertrauensmännern in Verbindung zu treten, die von den Fabrikanten aus dem Kreis der Gewerkschaften gewählt werden. Verband Thüringischer Webereien, Eingetragter Verein, Der Vorstand, Dr. Lehme.“ Bekanntlich sind die hiesigen Textilarbeiter im Herbst v. J. daran gegangen, einen neuen Lohnvertrag auszuhandeln. Dasselbe wurde Anfang d. J. eingeleitet. Bis 15. Mai sollte Antwort erfolgen und die Einführung der Forderungen spätestens am 1. Oktober beendet sein. Nach der Antwort wollen die vereinigten Textilfabrikanten noch weitere Vorarbeiten erledigen. Sichtlich geschieht dies in kürzester Zeit, damit die zu wählende Vertretung am möglichst bald zur Verhandlung herangezogen wird. Nach dem 15. Mai werden für die einzelnen Betriebe Verhandlungen stattfinden; die Arbeiter sollen Stellung nehmen zu der gegebenen Antwort, bez. sofort die Lohnkommissionen wählen, aus denen denn die Kommission für die Unterhandlung mit den Arbeitgebern bestimmt wird.

**Gera.** Die Lohnbewegung der Textilarbeiter beruht die „Geraer Zeitung“ angeblich aus Fabrikantenkreisen, daß, wenn die verlangten Lohnsätze nur annähernd bewilligt würden, den Arbeitern am wenigsten damit gedient wäre, denn man würde dann einen hohen Lohnsatz, aber keine Arbeit mehr haben. Die hiesige Textilindustrie sei auf den Export angewiesen. Durch hohe Einfuhrzölle und durch die Handelsverträge werde der Export erschwert und auch bei schärferer Konkurrenz und unter Opferung eines jeden Nutzens sei es kaum möglich, dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben. Dort seien die Betriebsunternehmer nicht durch alle möglichen Schutzgesetze an der rationalen Ausnutzung ihrer Kapazitäten und der Verschönerung der darin festgelegten Kapitalien gehindert. Neben dem „Unternehmergewinn“ (hier in Gera) würden die Arbeiter gewöhnlich ganz falsch unterrichtet. Der Gewinn aus dem gewöhnlichen Geschäft sei heute überhaupt gleich Null. Die von dem Weber geleistete Arbeit sei nicht mehr wert und könne bei der Kalkulation nicht höher bewertet werden, als der Lohn, der dafür bezahlt werde. — Aber nach der Antwort der vereinigten Webereibesitzer sind diese bereit, mit Vertrauensmännern in Unterhandlung zu treten. — Wir sind wirklich ungerne, welches Angebot da zu lauden kommen wird. In dem Anteil werden die Textilarbeiter auch „aufgehört“ über den Vorfall niedriger Herstellungslohn im Auslande: „Davon haben aber auch die Arbeiter wieder Nutzen, indem sie auf gleichmäßige, dauernde Beschäftigung rechnen können, wobei sie sich, selbst bei relativ niedrigeren Löhnen, besser fühlen, als bei uns, wo infolge der höheren Produktionskosten die Beschäftigung eine sehr ungleiche ist.“ — Also die Fabrikanten wollen nichts bewilligen, sie können nicht, so sagen sie, und die Arbeiterkassens soll weiter zu den niedrigen Löhnen freuden, sonst gibt es weniger Arbeitsaufträge. Wie wert wird nicht aus der Arbeitskraft gewonnen. Dieje wird ganz richtig bezahlt. Das ist die Ansicht der Unternehmer. Die Arbeiter haben eine andere Anschauung. Wenn tatsächlich die Industrie sich nur behaupten könnte auf Grund niedriger Arbeitslöhne, dann mag sie verschwinden. Infolge geringer Löhne konnte schon jetzt kein Ersatz für neue Arbeitskräfte beschafft werden. Höhere Löhne haben auch den Zugang intelligenter Arbeitskräfte zur Folge; und dann hat der Unternehmer immer wieder den Vorteil. Hebrigens sind doch die Arbeiter es nicht gewesen, welche Einfuhrzölle und hohe indirekte Steuern geschaffen haben. Sie sind doch doppelt bestraft, einmal, daß sie diese Zölle bei dem Einkauf von Existenzmitteln bezahlen müssen, andererseits, daß sie infolge der die Industrie hindernden Zölle keine Lohnzulagen bekommen sollen. Es fehle gerade noch, daß das bisherige Arbeiterrecht, in Gestalt der Versicherungsgesetze und sonstigen noch unzureichenden Schutzbestimmungen, womöglich zu Gunsten größerer Ausbeutung rückgängig gemacht werden soll. Das Unternehmerblatt sagt weiter: „Wenn sich die Webereibesitzer dennoch zu einer weiteren Erhöhung der Löhne entschließen sollten, so bedeutet das für sie ein weiteres Opfer, das zu bringen viele kaum im Stande sind, ohne ihre Existenz ernstlich zu gefährden.“ — Hier wird wohl der Deutsche Textilarbeiter-Verband noch viel Arbeit bekommen, bevor die geforderten Lohnsätze zur Einführung gelangen.

**Arcfeld.** Am Karfreitag fand hier im Vereinslokal bei Witwe Dittmar die ordentliche Generalversammlung unserer Filiale statt mit der Tagesordnung: Kassenbericht und Bericht der Revisoren, Vortrag des Kollegen Reimes, Diskussion und Antrag der Mitglieder. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Kollege Hornmann den Antrag, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: Stellungnahme zum Beschluß des Zentral Ausschusses betr. Ausschluß des Kollegen Paulsen. Der Antrag zerrte eine längere Geschäftsordnungsdebatte, die damit endete, daß derselbe abgelehnt wurde. Nach der hierauf folgenden Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung wurde ein kurzer Nachtrag zu demselben beschlossen. Kollege August v. d. Berg erstattete alsdann den Kassenbericht. Derselbe ergab eine Gesamteinnahme von 6866,20 Mk., der eine Gesamtausgabe von 6303,76 Mk. gegenüber stand, so daß ein Filialkassenbestand von 562,44 Mk. verblieb. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Reimes hielt dann einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus und die Gewerkschaften“. Auf den Inhalt des in jeder Beziehung ausgezeichneten Vortrages einzugehen, wollen wir uns verlagern und nur dem Bedauern Ausdruck geben, daß die Versammlung so schlecht besucht war. Der Vortrag hätte es wirklich verdient, von einem größeren Publikum gehört zu werden. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Nachdem vom Vorstand auf Anfrage eines Mitgliedes dann noch einige Mitteilungen bezüglich der demnächst einmal zu inzierenden Stoffbewegung gemacht worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Arcfeld.** Kollege Hornmann schreibt uns: Ich appelliere an Ihr Gerechtigkeitsgefühl und ersuche Sie, folgende Nichtigstellung der Gründe des Ausschusses Paulsens aufzunehmen. Der Ausschluß erfolgte:

1. Weil Paulsen sich unter Umgehung des ersten Vorsitzenden und der Mitgliederversammlung vom Zentralvorstand Gehalt auszahlen ließ, trotzdem derselbe ihn nicht angestellt hatte.
2. Weiter war die Forderung des Zentral Ausschusses im Betrage von 53 Mk. unberechtigt, weil Paulsen freiwillig zurücktrat und Kündigung nicht vereinbart war.
3. Das höchste Stück war, daß Paulsen sich 66 Mk. für eine Zeit zahlen ließ, für welche er schon vom Zentralvorstand Gehalt empfangen hatte.
4. Wäre die Forderung des Vierteljahresgehalts selbst berechtigt gewesen, so hat Paulsen sich durch Annahme der 500 Mk.

um 71 Mk. zu viel auszahlen lassen, den Verband also finanziell geschädigt. 13 Wochen à 33 Mk. sind 429 Mk.

5. Paulsen ist von Mitgliedern des Filialvorstandes vorher auf die eventuellen großen Gefahren und Schädigungen aufmerksam gemacht worden, welche durch Umgehung der Mitglieder für die Filiale entstehen könnten.

6. Der angegebene Grund der Krankheit Paulsens erschien mir und dem größten Teil der Mitglieder ungläubig, weil Paulsen nach seinem Rücktritt in einem Inserat im „Textilarbeiter“ sich als Referent empfahl, ferner das Amt eines Mitgliedes des Gauvorstandes vor wie nach ruhig weiter versah und drittens am Tage seines Rücktritts sich um den Posten eines Revisors bewarb. Diese Gründe bewirkten also den Ausschluß.

**Rangenberg.** Mittwoch den 19. April tagte unsere Mitglieder-versammlung, die gut besucht war. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 1. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Als Revisoren fürs 2. Quartal wurden die Kollegen Gustav Lodwenz, Berthold Ottinger und Paul Amka gewählt. Hierauf hielt Kollege Schönwälder einen wohlüberdachten Vortrag über „Die Gewerkschaftsbewegung“ und führte dabei etwa folgendes aus: In den ersten Jahren ihres Bestehens hatten die Gewerkschaften neben den Unternehmern und gesellschaftlichen Drangsalierungen auch Feinde in der Partei. Auf Parteitagungen der Sozialdemokratie habe es jedesmal Debatten über die Gewerkschaften gegeben, und bei manchem Redner habe sich eine gewisse Antipathie gegen die Gewerkschaften bemerkbar gemacht. Heute sei es fast ausschließlich das Unternehmertum, das von den Organisationen der Arbeiter nichts wissen wolle. Dies sei auch in unserm Orte der Fall. Obwohl die Unternehmer auf die in letzter Zeit von den Arbeitern eingereichten Forderungen Zugeständnisse gemacht hätten, wie Erhöhung des Lohnes, Schaffung von Ansteherräumen in Fabriken, auch zum Teil bessere Bezahlung der Arbeiter, in einigen Fabriken auch Verkürzung der Arbeitszeit, so sei doch von einer Anerkennung der Organisation keine Rede. Die gemachten Zugeständnisse seien lediglich darauf zurückzuführen, daß in letzter Zeit unsere Filiale nennenswerte Fortschritte gemacht hat. Noch habe der Arbeiter aber die Hände nicht in den Schoß zu legen, noch viele Arbeiter hätten den Wert der Organisation nicht erkannt. Dem Redner wurde Beifall gezollt. In der Diskussion konnte der Vorsitzende an einem Beispiel zeigen, wie sehr die Arbeiterorganisation den Unternehmern „Wurst“ ist. Herr Georg Dierig sagte zu ihm und dem Gauleiter Freißig-Wiegand, als diese für die Färbereiarbeiter vorstellig wurden: „Ich lehne es so höflich wie energisch ab, mit Ihnen zu unterhandeln.“ Und das geschah, obwohl die Arbeiterorganisation durch Statut des schlesischen Textilindustriellen-Verbandes anerkannt ist. In übrigen kann man aus diesem Bescheide folgern, daß unter den schlesischen Textilunternehmern in dieser Beziehung eine Einigung noch nicht besteht. Des Weiteren wurde das Benehmen des Stärkereinsters Seidel bei Ch. Dierig, der gegen jugendliche Verbandskollegen unpassende Ausdrücke gebraucht hat, einer scharfen Kritik unterzogen. Mit Recht meinte der Vorsitzende, daß jeder gegen unsere Verbandskollegen gebrauchte Ausdruck auf seinen Anwender zurückfalle. Zum Schluß der Versammlung ließen sich wieder mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen.

**Lützenwalde.** In der am 11. April abgehaltenen Mitglieder-versammlung gab zunächst der Kassierer den Kassenbericht vom 1. Quartal 1905. Die Einnahme betrug 2460,66 Mk., die Ausgabe 2332,35 Mk., mithin verblieb ein Kassenbestand von 128,31 Mk. Der Revisor, Kollege Otto, bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung und beantragte, dem Kassierer Entlastung zu erteilen. Da der bisherige 1. Schriftführer sein Amt niedergelegt hat, wurde der bisherige zweite Schriftführer als erster und an dessen Stelle die Kollegin Sempt gewählt. Alsdann berichtete der Vertrauensmann der Belegschaft der Firma Bönike über das Vorgehen der Lohnkommission. Nach vorheriger Fabrikbesprechung hatten die Arbeiter einen Lohnvertrag ausgearbeitet, welcher der Firma von einer Kommission überreicht wurde. Die Firma war zur Unterhandlung bereit und machte den Arbeitern annehmbare Zugeständnisse, namentlich in der Weberei. Desgleichen sind bei der Firma Müller durch das geschlossene Vorgehen der Arbeiter und Arbeiterinnen gute Erfolge erzielt worden. Es ist nun Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Arbeiter der Organisation zugeführt ist, denn nur dadurch ist es möglich, das Errengene zu erhalten und weitere Fortschritte zu machen. Den Kartellbericht gab Kollege Hollstein. Besonders wird den Kolleginnen empfohlen, ihren Bedarf an Bier nur bei denjenigen Bierhändlern zu decken, welche sich ihrer Berufsorganisation angeschlossen haben und sich dementsprechend legitimieren können. Der Vorsitzende teilte der Versammlung das Antwortschreiben des hiesigen Fabrikantenvereins auf das Gesuch um Freigabe des 1. Mai mit. In vier Zeilen war das Gesuch abgelehnt worden.

**M.-Gladbach.** Den „Eugen“ der Betriebskassens zeigt folgender von mehreren Zeugen bestätigter Fall. Der in der ganzen Umgebung geachtete 73-jährige Weber Johann Breuer hier wurde nach mehr als 5-jähriger Tätigkeit bei der Firma Lambertz & Mai krank. Als B. sich einigermaßen hergestellt fühlte, erhielt er vom Arzt auf ausdrücklichen Wunsch den Gesundheitschein. B. meldete sich beim Obermeister und sagte: „Ich komme wieder zur Arbeit, seien Sie doch so gut und weisen Sie mir meine schmalen Stühle wieder an.“ Der Meister sagte: „Kommen Sie nur!“ Als Breuer zur Arbeit kam, fand er einen breiten und einen schmalen Stuhl vor. Der Meister erklärte: „Ich habe Ihre Stühle besetzt,“ worauf der Greis sagte: „Wenn ich das nur aushalte!“ B. arbeitete zirka 14 Tage (bis zum letzten Februar). Am 1. März mußte B. seine Altersrente erheben und bat um Urlaub. Als er zurückkam, war auch der zweite schmale Stuhl, der ihm noch geblieben war, besetzt und sollte B. an dessen Stelle einen zweiten breiten Kalmusstuhl bedienen, was der gebrechliche Greis aber nicht konnte. Er meldete dies dem Meister Schröder. Darauf erhielt er zur Antwort: „Dann können Sie ja kündigen; ich vererbe überhaupt Stühle, welche ich will.“ B. begab sich hierauf zum Arzt, ohne Krankenschein. Der Arzt gab ihm eine Bescheinigung mit den Worten: „Bringen Sie dieses zum Kontor, Sie sind gänzlich arbeitsunfähig.“ Am 3. März erhielt B. dann vom dem Krankentassenvorsteher Herrn Hoh einen Krankenschein. Als B. am 4. März den Abschnitt zurück brachte, erhielt er von demselben Herrn einen Schein zum Krankenhause. Am 5. März schickte man ihm die Kündigung, und am 18. März die Entlassung. Zirka 14 Tage war Breuer im Krankenhause, dann nahm er am 14. März mit dem Arzt Rücksprache und bat ihn, ihm doch zu erlauben, nach Hause zu gehen, da seine 72-jährige Frau zu Hause allein sei. Hierauf wurde B. vor eine Kommission von 4 Ärzten geführt. Nach der Untersuchung sagte der Oberarzt Herr Dr. Blum zu Breuer: „Gehen Sie zum Invaliden-Bureau und melden Sie sich als Invalide an, und dann gehen Sie nach Hause.“ Als B. dann am 3. April sein fälliges Krankengeld erheben wollte, erhielt er von Hoh die frohe Botschaft: „Da gibts nichts. Sie gehen überhaupt wieder ins Krankenhaus und bleiben dort, bis Sie wieder arbeiten können.“ B. wendete sich, worauf seitens Hoh die Erklärung folgte: „Dann bekommen Sie keinen Krankengeld mehr.“ Seit dieser Zeit hat B. kein Krankengeld mehr bekommen, obwohl ihm der Arzt für jede Woche einen Schein zur Erhebung des Krankengeldes ausgestellt hat. Ähnlich erging es einem Mädchen, das sechs Jahre dort gearbeitet hatte. Als ihr vom Arzt zwei Bäder verschrieben worden waren,

erhielt sie die Kündigung. Kollege Breuer hat seine Sache der hiesigen Filiale des Verbandes übergeben, die ihm zu seinem Rechte zu verhelfen versuchen wird. Kollegen und Kolleginnen, treten ein in den Zentralverband Deutscher Textilarbeiter, damit solchen Zuständen in Zukunft wirksam entgegengetreten werden kann!

**Mühlhausen i. Gf.** Vor einigen Wochen wollten die Anseher der hiesigen sechs Kammgarnspinnereien Lohnforderungen an die Arbeitgeber einreichen. Die Filiale unseres Verbandes nahm sich der Sache an. Es wurden nun in den letzten Wochen unter Mitwirkung der christlichen Organisation Fabrikversammlungen veranstaltet. Einer siebenköpfigen Lohnkommission wurde die Pflicht auferlegt, mit den Unternehmern in Verbindung zu treten. Die Forderungen lauteten: 1. Festsetzung eines Minimallohnes von 42 Mk., 2. Einführung von Arbeiterauschüssen. Statt der erhofften Antwort erschien in den Tageszeitungen eine von den Fabrikanten verfaßte Resolution, durch welche sie es entschieden ablehnten, mit der Lohnkommission zu unterhandeln. Auch wurde hervorgehoben, daß es jetzt unmöglich sei, eine Lohnaufbesserung einzutreten zu lassen, da sie in den letzten Jahren bedeutende Verluste gehabt hätten. Die Anseher gaben sich jedoch hiermit nicht zufrieden. Es wurde beschlossen, den Bürgermeister um Vermittlung anzugehen. Letzterer versprach auch, sein Möglichstes in dieser Sache zu tun. Es erschien dann abermals eine Notiz in der Zeitung, in der die Fabrikanten wieder erklärten, auf keine Verhandlungen eingehen zu wollen, aber gewillt seien, mit ihren Arbeitern zu jeder Zeit persönlich Rücksprache zu nehmen. Es wurde nun in einer Privatversammlung beschlossen, persönlich bei den Unternehmern vorstellig zu werden. Zu diesem Zwecke wurden von den beteiligten Fabriken je drei Delegierte gewählt, welche sämtlich am 26. April bei ihren Unternehmern vorstellig wurden. Das Resultat war das folgende: Die Fabrikanten erkannten die Forderungen als berechtigt an, machten aber keine Zugeständnisse. Ihre ablehnende Haltung begründeten die Herren mit dem schlechten Geschäftsgang. An diesen schlechten Geschäftsgang glauben die Arbeiter angesichts des gegenwärtigen Produktionsseifers der Fabrikanten nicht so recht! Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im Gasthof „zur Sonne“ tagende Versammlung der Anseher der Kammgarnspinnereien Mühlhausens nimmt Kenntnis von dem Bericht der Lohnkommission. Die Versammelten drücken ihr Bedauern darüber aus, daß ihre von den Arbeitgebern selbst als gerechtfertigt anerkannten Anträge auf Aufbesserung ihres Lohnes mit Gründen abgelehnt worden sind, welche sie als stichhaltig nicht anerkennen. Die Versammelten beauftragen daher die Lohnkommissionen, nächste Woche noch einmal in dieser Sache vorstellig zu werden, um eine bestimmte Antwort darüber zu erhalten, wann die als berechtigt anerkannte Lohnaufbesserung stattfinden wird. Ferner ersuchen die Versammelten wiederholt die Organisation der Arbeiter noch fernstehender Kollegen, doch sofort der Organisation beizutreten, um mit größerem Nachdruck ihre selbst von den Arbeitgebern als berechtigt anerkannten Interessen wahrnehmen zu können.“

**Neißhau.** In der am 22. April abgehaltenen Mitglieder-versammlung machte der Vorsitzende zunächst die Mitteilung, daß je ein Exemplar von den Schriften „Gegen Kost und Logiszwang“ und die „Neue Gesellschaft“, sowie drei Exemplare von der Broschüre „Der Crimmitschauer Kampf um den Zehntlündentag“ eingegangen sind. Der Kassierer gab hierauf den Kassenbericht vom 1. Quartal. Danach betrug die Einnahme inkl. Kassenbestand 2072,76 Mk., die Ausgabe 1475,18 Mk., sodas ein Kassenbestand am Schlusse des Quartals von 597,58 Mk. vorhanden war. Der Kassenbestand ist sicher angelegt und wird mit 4 Proz. verzinst. Am Schlusse des Quartals waren 579 organisierte Kollegen und Kolleginnen vorhanden. Sodann besetzte man sich mit der gegenwärtigen Lohnbewegung. Es wurde darauf hingewiesen, daß noch mehr agitiert werden muß, um die Organisation weiter zu stärken, auch müßten in den Versammlungen die Kollegen alle erscheinen. Unter Verschiedenem wurde Kollege Chregott Behold als Bibliothekar eingesetzt und beschlossen, am 7. Mai einen Ausflug nach Brodau zu unternehmen. Dasselbe soll dann ein Tanzfrühstück stattfinden. Der Vorstand hat von der Broschüre „Der Crimmitschauer Kampf um den Zehntlündentag“ 50 Exemplare bestellt und wird an die Verbandsmitglieder das Exemplar dann zu 20 Pf. abgegeben. Wer eine Broschüre davon haben will, muß sich sofort beim Vorstand oder den Austrägern des Verbandsorgans melden. — Auf das Schreiben unseres Vorsitzenden hin hat sich die Firma Gebrüder Uebel doch veranlaßt gesehen, die Arbeitszeit am Sonnabend und an Vorabenden der Festtage um eine halbe Stunde zu kürzen, denn jetzt wird Sonnabends nicht mehr früh 6 Uhr angefangen wie andere Jahre die Sommermonate hindurch, sondern ebenfalls 7 Uhr früh wie an den übrigen Tagen der Woche. Auch ist die Fabrik an der Heinrichstraße von der Gewerbeinspektion, vielleicht auf unsere Veranlassung hin, revidiert worden. Jedenfalls hat die Firma eingesehen, daß nach der Gewerbeordnung (§ 137 Absatz 2) die Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Festtage nur zehn Stunden beschäftigt werden dürfen.

**Offenbach a. M.** In der Versammlung vom 17. April wurden folgende Punkte verhandelt: 1. Abrechnung. 2. Verkürzung der Arbeitszeit. 3. Stellungnahme zum bestehenden Ring der Unternehmer betreffs Annahme von Arbeiten, die von einer andern Firma des Ortes kommen. 4. Maifeier. 5. Rechtschutzkommission. 6. Verschiedenes. Ueber Punkt 2 entspann sich eine lebhafteste Debatte, die zu dem Beschluß führte, die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit mit 1 1/2 Stunden Mittagspause in sämtlichen Fabriken der Wojamentenerzeugung zur Durchführung zu bringen. Es soll jeder Firma von seiten des Vorstandes die Forderung eingereicht werden. Die Versammlung war ziemlich gut besucht.

**Delsnig i. V. (Achtung, Teppichweber!)** In hiesigen Zeitungen wurden schon wiederholt Teppichweber, nach Berlin bei einem Tagelohn von 4 Mk. gesucht, ja, es wurde sogar ein Wochenverdienst von 30 Mk. garantiert. Wenn die Berliner Fabrikanten ihre Arbeiter soviel verdienen lassen wollten, bräuchten sie sich nicht nach außerhalb zu wenden. Traue man daher solchen Versprechungen nicht und bleibe man, wo man ist! Im übrigen darf man wohl von keinem Delsniger Arbeiter erwarten, daß er bereit sei, als Streikbrecher nach Berlin zu gehen.

**Triebes.** Im „Thüringer Hof“ fand am 27. April eine stark besuchte öffentliche Versammlung für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Jute- und Weberei statt. In einer früheren Besprechung war beschlossen worden, für genannten Betrieb die Anerkennung eines Fabrikarbeitsausschusses zu fordern. Der Leiter des Betriebes, Herr Kammerjunker Herbst, hat aber dem Webermeister dieser Forderung geantwortet, er könne mit ihm nicht über Angelegenheiten, welche die Firma betreffen, sprechen, weil er in dem Betriebe nicht beschäftigt ist. Der Gauleiter Bretschneider-Gera referierte über die Aufgaben der Arbeiterauschüsse. Da auch eine größere Anzahl böhmischer Arbeiter anwesend war, wurden die Wünsche der Arbeiter in die tschechische Sprache übersetzt. Die in der Jute- und Weberei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beschloßen, alsdann, erneut den Antrag auf Anerkennung eines Fabrikarbeitsausschusses Herrn Herbst zu übermitteln und Antwort, wann und wie die Wahl stattfinden soll, bis zum 15. Mai durch Anschlag in den Betriebsräumen zu verlangen. Die Textilarbeiter-Filiale zählt zirka 300 Mitglieder.